

Bundessprecherkreis beriet über Aufgabenverteilung

Wie weiter?

Der Bundessprecherkreis der VVN-BdA traf sich am 13. Juli zu seiner konstituierenden Sitzung in Berlin. Personelle Veränderungen in diesem Gremium und die Ergebnisse des Bundeskongresses (siehe *antifa* vom Juli/August) machten es notwendig, die inhaltlichen Aufgabengebiete neu abzugrenzen, und Arbeitsteilung und Arbeitsweise generell zu überdenken.

Bisher wurden für vier politische Themenfelder personelle Verantwortlichkeiten festgelegt. Das Aufgabengebiet »Geschichte/Gedenkstätten« übernimmt Susanne Willems, für das Thema »Neofaschismus« zeichnet Axel Holz verantwortlich, »Frieden/Antimilitarismus« bearbeitet Ulrich Sander und für den Bereich »Entschä-

digung/Soziales« wurde Regina Elsner benannt.

Weitere wichtige Festlegungen betreffen die Organisationsarbeit. Regina Girod (Pressearbeit) und Jürgen Gechter (Internet) übernehmen künftig die Öffentlichkeitsarbeit, die internationale Arbeit koordiniert Ulrich Schneider. Neu geschaffen wurde der Arbeitsbereich »Organisationsentwicklung«, der sich mit den Fragen Mitgliederwerbung, Qualifizierung und Bildungsarbeit beschäftigt. Hierfür ist nunmehr Jürgen Gechter zuständig.

Wie bisher bedeutet die Übernahme derartige Verantwortungsbereiche nicht, dass die Bundessprecherinnen und Bundessprecher dabei auf hauptamtliche Unterstützung zurückgreifen können. Sie werden zwar im Rahmen

des Möglichen (und nicht selten auch des Unmöglichen) von der Bundesgeschäftsstelle unterstützt, aber im Wesentlichen arbeiten doch ehrenamtliche Bundessprecher mit anderen Ehrenamtlichen zusammen. Es kann deshalb auch nur Aufgabe der Genannten sein, aus der Lage das jeweils Beste zu machen: Diskussionen voranzubringen, die Unterstützung weiterer qualifizierter Mitglieder der VVN-BdA zu organisieren, Arbeitsstrukturen zu festigen oder zu schaffen und so die Arbeit der Bundesorganisation Schritt für Schritt voran zu bringen.

Ohne Festlegungen zu treffen beschäftigte sich der Bundessprecherkreis auf seiner Beratung auch mit der Fortführung der »nonpd«-Kampagne und der Fra-

ge, welche Themen künftig vorrangig in der Bildungsarbeit behandelt werden sollten. Das Gremium erklärte sich solidarisch mit Ulrich Sander, der stellvertretend für die ganze VVN-BdA juristischen Angriffen des Traditionsverbandes der Gebirgsjäger ausgesetzt ist (siehe unten und Kommentar auf Seite 7).

Entscheidend für alle Vorhaben des Verbandes sind und bleiben die Finanzen unserer

Vereinigung. Die damit verbundenen Probleme bildeten einen weiteren Schwerpunkt der Diskussion. Mittelfristig müssen hier neue Lösungen gefunden werden, da wir auf der bundespolitischen Ebene ohne ein Minimum an hauptamtlicher Bürotätigkeit und Fonds nicht handlungsfähig bleiben können. **Thomas Willms**

Treffen der Beteiligten an Kriegsverbrechen

Sie gehören zur Geschichte der Gebirgsgruppe der Nazizeit

Dem VVN-Sprecher und Journalisten Ulrich Sander wurde vom Landgericht Nürnberg-Fürth mit einer Einstweiligen Verfügung unter Androhung hoher Geldstrafen untersagt, dem »Kameradenkreis der Gebirgsgruppe« vorzuwerfen, er veranstalte »Kriegsverbrechertreffen«. Antragsteller der Verfügung war der »Kameradenkreis«.

Das Ganze hat eine Vorgeschichte: Der »Kameradenkreis« organisiert in Mittenwald jährliche Treffen von Gebirgsjägern, an denen sowohl ehemalige Angehörige der Gebirgsgruppe der Nazizeit als auch Angehörige der Gebirgsgruppe der Bundeswehr teilnehmen.

Nun war die Gebirgsgruppe der Nazizeit nicht irgendein Teil der Nazi-Wehrmacht, sondern eine Elitetruppe, die sich einer Reihe von Kriegsverbrechen schuldig gemacht hat. Darüber heißt es z.B. in einer Veröffentlichung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10.06.08: Die Truppe praktizierte »eine Kampfweise, deren Extreme zu Recht als 'Kriegsverbrechen' qualifiziert werden«. Genannt wer-

den u.a.: »unverantwortliches Vorgehen gegen die Zivilbevölkerung«, »Niederbrennen von Dörfern«, »Massenerschießungen« »auch von Frauen und Kindern« (FAZ, 10.6.08).

Unbestreitbar ist, dass an den jährlichen Treffen Angehörige der Gebirgsgruppe der Nazizeit teil-

nehmen, darunter auch solche, die der Beteiligung an Kriegsverbrechen beschuldigt und z.B. in Italien in Abwesenheit verurteilt wurden. Gegen einen der Beschuldigten hat die Staatsanwaltschaft München nach jahrzehntelangem Zögern nunmehr Anklage wegen mehrfachen Mordes erhoben.

Bei den Treffen wird den ehemaligen Gebirgsjägern der Nazizeit »ehrend« gedacht. Der ehemalige Kommandeur der Gebirgsgruppe der Nazizeit, General Hubert Lanz, fungierte mehrere Jahre als Ehrenvorsitzender des »Kameradenkreises«. Er war nach 1945 von einem alliierten Gericht wegen Kriegsverbrechen zu einer langen Haftstrafe verurteilt, jedoch wie in vielen solchen Fällen vorzeitig freigelassen worden.

Gegen die Treffen treten seit mehreren Jahren Antifaschisten und Antimilitaristen mit Protesten auf. In diesem Zusammenhang schrieb VVN-Sprecher Ulrich Sander über diese Treffen und ihren Charakter. Er nannte sie »Kriegsverbrechertreffen«, die vom »Kameradenkreis« veranstaltet würden. Der Sprecher des »Kameradenkreises«, Bundeswehr-Oberst a.D. Manfred Benkel, wiederum erklärte, der »Kameradenkreis« sei keine »Vereinigung von Kriegsverbrechern«, kein »Kameradenkreis der (NS-)Gebirgsgruppe« und veranstalte keine »Kriegsverbrechertreffen«. Das Gericht folgte der Haarspalterei. **P.C.Walther**

»Alle Antifaschisten sollen getroffen werden!«

Ulrich Sander schrieb zum Vorgehen der Gebirgsgruppe gegen ihn an die Freundinnen und Freunde der VVN-BdA: »Da ich namens der VVN-BdA die bewusste Erklärung abgab und die Sache nicht auf sich beruhen lassen möchte, gestatte ich mir, auf das Spendenkonto hinzuweisen: Bankverbindung der VVN-BdA NRW: Konto 28212-435 bei Postbank Essen (BLZ 360 100 43).«

Der Bundesausschuss der VVN-BdA hat sich am 6. September einstimmig hinter Ulrich Sander gestellt und zur Solidarität aufgerufen. Es wurde festgestellt: Alle Antifaschisten sollen

getroffen werden.

Es sei dem Kameradenkreis zwar gelungen, die Auseinandersetzung auf die Person Ulrich Sanders zuzuspitzen, aber was erreicht werden soll, sei eindeutig: Das Verbot, die Wahrheit über den deutschen Militarismus, seine Geschichte und Kontinuitäten zu sagen; es soll Revisionismus betrieben werden und es sollen – mit Blick auf die neue Versammlungsgesetzgebung in Bayern – künftige Proteste gegen die Gebirgsgruppe und ihre »unangreifbare Traditionspflege« (so Edmund Stoiber) unterbunden werden.

Das Antifa-Camp in Weimar/Buchenwald

Zum 20. Mal erfolgreich durchgeführt

Das Antifa-Camp entstand aus der Notwendigkeit, die 1990 ein kleiner Kreis von Antifaschistinnen und Antifaschisten bei den »Gedenkfeiern zur Selbstbefreiung« erkannte: Auf dem Gelände des ehemaligen KZ Buchenwald musste durch aktive Arbeit der Verfall der Gedenkstätte aufgehalten werden und damit dem Vergessen entgegen gewirkt werden.

Bis heute steht jedoch nicht nur die Arbeit auf der Gedenkstätte im Vordergrund, sondern auch die Auseinandersetzung mit der Politik der Gedenkstättenleitung und dem Geschichtsrevisionismus sowie mit aktuellen politischen Themen.

Das Antifa-Camp ist ein gleichberechtigter Zusammenschluss von antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen



Es wurde auch mit bloßen Händen gearbeitet – und manchmal auch demonstriert.

Bild: VVN-BdA

nen auf der Grundlage des »Schwurs von Buchenwald«. In diesem Jahr nahmen 180 Teilneh-

merinnen und Teilnehmer aus dem gesamten Bundesgebiet und einige aus dem europäischen Ausland teil. Neben dem Wirken gegen den Abbau des Gedenkens und die Verfälschung der Geschichte stand die in den letzten Jahren wieder erstarkende Weimarer Neonazi-Szene sowie die gleichgültigen bis ignoranten Bevölkerungsteile der sogenannten »Dichter und Denkerstadt« im Mittelpunkt der Aktivitäten.

Hannes Heer las aus Buch »Hitler war's«

Neben den täglichen praktischen Arbeitsprojekten auf dem Gelände der Gedenkstätte, die gelegentlich durch fehlendes Werkzeug behindert wurden, und den täglichen öffentlichen Lesungen antifaschistischer Texte auf dem Theaterplatz, fanden auch in diesem Jahr wieder interessante Veranstaltungen wie Konzerte, Lesungen und Diskussions- und Zeitzeugenveranstaltungen statt.

Ein beeindruckendes Zeitzeugengespräch führten wir mit Otto Rothmann durch, dem wir an dieser Stelle besonders danken möchten. Er schilderte nicht nur den »Alltag« im KZ, sondern brachte uns auch die emotionale Situation der KZ Häftlinge, insbesondere derer die sich im illegalen

politischen Lagerwiderstand befanden, nahe.

Hannes Heers Lesung aus seinem Buch »Hitler war's«, fand als öffentliche Veranstaltung statt und lockte auch interessierte Bürger, einen Blick hinter die Kulissen von Eichinger, Knopp und Co. zu werfen.

Weitere Veranstaltungen beschäftigten sich u.a. mit Faschismustheorien, der Geschichte des revolutionären Antifaschismus und der aktuellen Neonazi-Situation in Thüringen.

Höhepunkte der Aktivitäten des Antifa-Camps waren drei Spontandemonstrationen, die sich gegen den Naziüberfall auf das »Solid-Sommercamp«, die staatliche Verschleppung und Vertuschung des Prozesses um den Tod Oury Yalohs in einer Dessauer Polizeizelle und gegen den täglichen Straßenterror der Nazis in Apolda richteten.

Das Antifacamp hat auch in diesem Jahr wieder bewiesen, dass es ein erfolgreiches antifaschistisches Projekt ist, welches antifaschistische Gedenkarbeit, politische Bildung und kommunikativen Austausch sowie antifaschistische Aktionen miteinander verbindet.

Danke an alle, die dies möglich gemacht haben!

Pressegruppe
Antifa-Camp
Weimar/Buchenwald

CD-Neuaufgabe des Infozentrums Emslandlager »Lied der Moorsoldaten« in 31 Versionen

Seit den 1990er Jahren gehört das »Lied der Moorsoldaten« zu den Sammelschwerpunkten des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) der Emslandlager in Papenburg. Dieser Fundus, bestehend aus unzähligen Tonträgern, Liederbüchern, Textquellen und privaten Dokumenten, bildete das Ausgangsmaterial einer von der Gedenkstätte 2002 veröffentlichten CD-Edition zum Lied.

Was die Auswahl der Tonträger angeht, konnte dabei zusätzlich auf Klangschätze aus dem Deutschen Rundfunkarchiv zurückgegriffen werden. In 32 bekannten und unbekanntenen, deutschen und internationalen Aufnahmen nimmt die DIZ-Edition die Hörer mit auf eine akustische Reise durch die Wirkungsgeschichte des Lieds von seinen Anfängen bis in die Gegenwart. Ergänzt werden die Liedversionen durch ein Rundfunkgespräch, das 1974 mit dem Liedkomponisten Rudi Goguel geführt wurde, eine

Lesung von Wolfgang Langhoff aus seinem Buch »Die Moorsoldaten« sowie die Szene »Moorsoldaten« aus einer Hörspielfassung von Bertolt Brechts »Furcht und Elend des Dritten Reiches«.

Die zwei CDs umfassende Box wurde 2002 und 2003 rege nachgefragt. Entsprechend war sie recht bald vergriffen. Aus Anlass der Entstehung und »Uraufführung« des »Moorsoldatenlieds« vor 75 Jahren hat das DIZ Emslandlager seine Edition in diesem Sommer überarbeitet und eine Neuaufgabe auf den Weg gebracht. Mit einem etwas reduzierten, aber immer noch 64 Seiten starken Beiheft zeigt die Produktion, dass das Lied durch alle Bearbeitungen hindurch bis heute »lebendig« geblieben ist. Die 2-CD-Box kann zum Preis von 18 EURO (zzgl. Versandkosten) bestellt werden.

Kontakt: DIZ Emslandlager,
Postfach 1132, 26851 Papenburg,
Tel. (049 51) 91 63 06,
E-Mail: mail@diz-emslandlager

Braune Konturen im sächsischen Vogtland

Rechte Umtriebe von Verwaltungen totgeschwiegen

Bei seiner Konstituierung beschloss der neu gewählte Kreistag des Vogtlandkreises, dass für die Bildung einer Fraktion vier Abgeordnete Voraussetzung sind. Damit wurde den drei gewählten Vertretern der NPD der Fraktionsstatus verwehrt. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Auftreten und Zielen der Neofaschisten fand jedoch nicht statt. Der wieder gewählte CDU-Landrat Dr. Tassilo Lenk sagte zur Begrüßung, dass er die bisherige »Koalition der Vernunft« fortsetzen werde und Sachfragen über Parteipolemik stelle.



Auftritt des NPD-Vorsitzenden im Vogtland. Zu hören war Udo Voigt indes nicht. Hunderte lärmende Antifaschisten sorgten dafür.

In den letzten Jahren sind wachsende Strukturen und zunehmende Aktivitäten der Rechtsextremen im Vogtland zu beobachten. Diese werden jedoch von den etablierten Parteien wie auch den staatlichen Stellen teils ignoriert oder gar totgeschwiegen. So forderte zum Beispiel Plauens Stadtspitze anlässlich eines Neonaziaufmarsches im Februar dazu auf, den Rechten die kalte Schulter zu zeigen, an der Umzugsstrecke die Fenster geschlossen zu halten und zu warten, bis der Spuk vorüber sei. Eine im Juli angekündigte »Siegesfeier« der NPD anlässlich ihrer Erfolge zur Kreistagswahl war der Plauer Stadtverwaltung zwar bekannt, wurde aber weder auf dem Verwaltungsweg noch außerparlamentarisch verhindert.

Auf eben dieser »Feier« konnte der rechtsextreme und vorbestrafte Liedermacher Frank Rennie seine braunen Lieder verbreiten, wie: »Deutschland, Deutschland über alles und das Reich muss neu erstehen!« NPD Bundesvorsitzender Udo Voigt zeigte sein wahres Gesicht: »Wir sind stolz auf die deutsche Vergangenheit und wir sind stolz darauf, Deutsche zu sein.«

Die Braunen als »nette Jungs« von nebenan

Im vogtländischen Mylau befindet sich seit Jahren ein rechter Szene-Laden »Ragnarök«, dessen Inhaber mit 8,6 Prozent Stimmanteil in den Kreistag einzog. Dieser La-

den sowie die Gaststätte »Rahnefeld« sind in Mylau beliebte Treffpunkte der Rechten. Diese werden von Teilen der Bevölkerung als »nette Jungs« eingestuft und seien integrationsfähig.

Während eines Sommerfestes im August des Fußball-Sportvereins Mylau mit Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehr wurden Spenden für ein Christliches Jugenddorf gesammelt. In diesem befinden sich straffällig gewordene Jugendliche, auch einer der Täter, die im Oktober letzten Jahres einen Brandanschlag auf das Wohnhaus einer Familie in Mylau verübten. Hintergrund: Rechtsextremisten behaupten, die Familienmutter sei Jüdin und Ausländerin. Auf den Gedanken, für die geschädigte Familie zu sammeln, kam niemand. Mittlerweile haben sich aber die Veranstalter des Festes von der Aussage einer engagierten, im Jugendhilfebereich aktiven Antifaschistin distanziert, Mylau sei zum braunen Herz Sachsens geworden.

In der Tat sind solche Pauschalurteile nicht besonders dienlich. Sie polarisieren und helfen wenig, Menschen, insbesondere Jugendliche, für Demokratie und Toleranz zu gewinnen und vor dem Abgleiten in den braunen Sumpf zu bewahren. Zu diesem Zweck hat auch der vogtländische DGB ein Bündnis gegen Rechts initiiert und alle Parlamentsparteien eingeladen, darin mitzuwirken. Leider verweigern CDU und DSU ihre Mitwirkung, weil ihnen das Bündnis zu

linkslastig erscheint. Umso höher ist das antifaschistische Engagement der vogtländischen Jungsozialisten zu werten, die über jegliche Parteigrenzen hinweg immer wieder Aktionen gegen Rechts organisieren und damit auch wachsenden Zuspruch finden.

Gewalt der Nazis nimmt zu

Wenn auch von offiziellen Stellen die braunen Umtriebe bagatelisiert und herunter gespielt wer-

den, ist jedoch Wachsamkeit geboten. Gerade in den letzten Wochen waren wieder erschreckende rechte Aktivitäten zu verzeichnen: In der Nacht zum 7. April verübten Jugendliche einen Brandanschlag auf eine Pizzeria in Reichenbach. In dem Haus wohnen mehrere arabisch-stämmige Familien. Am 26. Juni wurden in Lengenfeld Parolen wie »Anti-Antifa - Wir kriegen Dich« und »Linksfaschist« gesprüht. Außerdem tauchen in der Gemeinde zahlreiche Aufkleber des »Nationalen Widerstandes« auf. Am 15. Juli hetzen rechte Jugendliche Schüler durch halb Plauen, Passanten schauten furchtsam zu. Dabei wurden vier Schüler verletzt. Die Polizei bestätigte den Vorfall erst nach Recherche der lokalen Presse.

Solche Fakten sollten ein stärkeres Engagement aller öffentlichen Stellen herausfordern, die Auseinandersetzung mit den braunen Parolen durch alle demokratischen Kräfte auslösen und das Miteinander aller politischen Kräfte über sonstige Befindlichkeiten und Unterschiede hinaus verstärken. Im benachbarten Greiz/Thür. könnten die Vogtländer in dieser Hinsicht viel lernen.

Peter Giersch

Verbrechen von Polizeieinheiten im Krieg

Eine Ausstellung mit Lücken

Kurze Zeit nach der Machtübergabe an die Faschisten in Deutschland entstanden auch in Sachsen zahlreiche Haftlager, die als Grundstein für den später einsetzenden Terror gegen Antifaschisten, Juden, Sinti und Roma, Sozialdemokraten und Kommunisten dienten. Mehr als 20 solcher Lager wurden bis zum Sommer 1933 errichtet.

Die frühen KZ Burg Hohnstein, Sachsenburg, Schloss Osterstein/Zwickau und Schloss Colditz, um nur einige zu nennen, zeigten bereits den Weg, den die Faschisten zu gehen beabsichtigten. Nicht selten »verdienten« sich Bewacher und Kommandan-

ten erste Spuren für die Tauglichkeit in den späteren Vernichtungslagern. Die Erinnerung an diese kleinen und frühen Konzentrationslager verblasste im Laufe der Jahre sicher auch deshalb, weil das Ausmaß der faschistischen Diktatur mit ihrem über ganz Europa getragenen Terror und dem Völkermord vor allem im Osten vieles in den Schatten stellte. Umso lobenswerter ist es, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten eine Wanderausstellung ins Leben rief, die überschaubar an diese frühen Konzentrationslager erinnert. »Was dann losging, war ungeheuerlich...« – Frühe Konzentrationslager in Sachsen 1933-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Ausstellung mit Lücken

(Fortsetzung von Seite 3)

1937, so der Titel, war jüngst auch im Chemnitzer Rathaus zu sehen. Schade, dass der Zeitpunkt in die Ferienzeit fiel, jedoch blättert man im Gästebuch, haben sich dort trotz Urlaub auch zahlreiche Schüler verewigt. Alle samt sprechen sie sich lobend über die informative Exposition aus.

Die Ausstellung informiert auf zahlreichen Tafeln über die Einrichtung der KZ vor allem über die Zeitzeugenberichte und Lebensläufe. Personalien werden aufgelistet die erkennen lassen, mit welchen kriminellen Energien Wachleute und Kommandanten vorgegangen sind. Aber auch Opfer kommen zu Wort: »Wir wurden im Haus die Treppe emporgetrieben, die SA bildete Spalier und schlug mit ihren Gummiknüppeln wahllos über unsere Köpfe. Auf der zweiten Hälfte der Treppe fühlte ich, daß mir Blut über den Kopf in den Nacken lief... Ein SA-Mann stellte mir auf jede große Zehe ein Stuhlbein, dann setzte er sich auf den Stuhl, wiegte sich in und her, so daß ich vor Schmerzen wimmerte. Dann schlugen sie mich wieder so lange, bis ich das Bewußtsein verlor.« (Auszüge aus einem im Exil verfassten Bericht von Otto Meinel über seine Einlieferung in das KZ Colditz und über die dortigen Verhöre).

Bei allem Lob für die Ausstellung bleibt fraglich warum sich deren Schöpfer nicht an den eigentlichen Titel hielten. Bei einem ehemaligen Häftling im KZ Sachsenburg, dem eine ganze Tafel gewidmet ist, wird nicht etwa in der Hauptsache über die Haftzeit berichtet, sondern in erster Linie über seine Tätigkeit nach dem Krieg. Wie könnte es anders sein: Er wurde Offizier im Ministerium für Staatssicherheit!

Da beschleicht einem das Gefühl, hier würde der Versuch unternommen, den Faschismus mit einer antifaschistischen und sozialistischen Gesellschaftsordnung gleichzusetzen.

Jonny Michel

Gedenktafel am Kalandhaus

Lüneburgs Baudenkmal fungierte 1944 als »Lager Kaland«

Der Lüneburger Landeszeitung vom 7. Juni berichtete, dass nach zehnmonatiger Bauzeit die Sanierung der Fassade des Kalandhauses abgeschlossen sei und das »Baudenkmal« nun »in neuem Glanz« erstrahlt. Mit Blattgold überzogene Holzfiguren, eine Wetterfahne und mit Silberlack verzierte Beschläge finden in der Berichterstattung über Sanierung des Hauses Erwähnung.

Doch das Kalandhaus ist nicht nur ein mittelalterliches Baudenkmal in der Innenstadt, sondern hat auch eine ganz andere Geschichte. Von August bis November 1944 wurde im Kalandhaus ein Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme untergebracht. Bis zu 150 KZ-Häftlinge litten und arbeiteten in Lüneburg. Zusammen mit sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern aus Osteuropa mussten sie Luftschutzrichtungen, wie Deckungsgräben, errichten. Bis zum 10. März 1933

unterhielt die Sozialistische Arbeiterjugend Deutschlands (SAJ) in drei Räumen im Obergeschoss ihren Treffpunkt. Danach übernahm die Hitler-Jugend die Räumlichkeiten. Mit dem Verbot der SPD am 22. Juni 1933 und aller ihrer Nebenorganisationen war somit auch die SAJ verboten.

Das »Lager Kaland« widerlegt die Behauptungen, mit denen sich viele Deutsche aus der Verantwortung stahlen, dass man von den Verbrechen der Nazis, von den Konzentrationslagern, nichts gewusst hätte. Das Kalandhaus liegt in der direkten Innenstadt, im Schatten der St. Johannis Kirche. Tagtäglich gingen dort hunderte Menschen vorbei.

Das dort ein Außenlager des KZ-Neuengamme untergebracht war, ist heute zumeist unbekannt. Nichts erinnert an die Menschen, die dort litten und ihrer Freiheit beraubt waren. Eine bemerkenswerte Ausnahme stellt die Dokumentation »Lager Kaland« von Dr. Werner Preuß dar, die die Geschichtswerk-

statt Lüneburg e.V. im Januar 2008 neu aufgelegt hat.

Die VVN-BdA Lüneburg nahm den Artikel in der Landeszeitung zum Anlass, um sich an den Oberbürgermeister und die Fraktionen im Lüneburger Stadtrat zu wenden und anzuregen, dass an der Fassade des Kalandhauses eine Gedenktafel angebracht wird, die auch die grausame Geschichte des Hauses darstellt und an die Opfer erinnert. Zusätzlich wurde vorgeschlagen, im Kalandhaus eine Gedenkstätte einzurichten, in der u.a. die Dokumentation von Dr. Werner Preuß als Dauerausstellung gezeigt werden könnte.

Der Lüneburger Oberbürgermeister teilte der Kreisvereinigung mit, dass in der nächsten Zeit eine entsprechende Gedenktafel angebracht wird. Einen genauen Termin nannte er allerdings nicht. Erfreulich ist aus Sicht der VVN-BdA, dass nun endlich an das Lager Kaland erinnert wird.

Kontakt: www.vvn-bda-ig.de

Franzosen gedachten Gewerkschaftern

Delegation aus Dieppe auf Gegenbesuch in Niedersachsen

Während ihres erneuten Besuches in Niedersachsen hat eine Delegation aus Dieppe, gemeinsam mit ihren Freunden von der VVN-BdA, der elf am 4. Juli 1933 in Rieseberg ermordeten Gewerkschafter gedacht.

Wie immer hatten wir ein abwechslungsreiches Programm erarbeitet, das diesmal auch die Teilnahme an der Protestdemo am 5. Juli gegen die Einlagerung von Atommüll in das Salzbergwerk in der Asse (bei Wolfenbüttel) vorsah. Bereits am Donnerstag, den 3. Juli kamen Daniel und Pierette Evrard und Jacques Halingre, die Organisationen FNDRIP und ANACR vertretend, abends am Bahnhof an. Am Freitag stand nach einem kleinen Empfang durch den DGB Braunschweig gleich die Rieseberg-Gedenkfeier im Mittelpunkt. Begrüßenswert ist dabei die Neuerung, dass zusätzlich zur gewohnten Re-



Delegation aus Dieppe mit Anti-AKW-Aktivistin (links) und Stefan Hölzer (Mitte) an der Demo am Salzbergwerk Asse II. Bild: hfm

de in Rieseberg selbst diesmal auch an den jeweiligen Gedenkort in Braunschweig (Heinrich Jasper-Ehrenmal am Ruhfäutchenplatz und Rieseberg-Gedenksteine auf dem Hauptfriedhof Helmstedter Str.) thematisch bezogene Reden gehalten wurden anstatt nur kommentarlos Kränze niederzulegen. Die Rede für die elf Opfer hielt für die VVN-BdA Stefan Hölzer.

Nach der Teilnahme an der Demo am Salzbergwerk Asse II am

Samstag mittag, bei der wir durch unsere Intervention verhinderten, dass die ÖDP bei der Podiumsdiskussion dort öffentlich auftreten konnte, folgten wir der Einladung des Motorradclubs Kuhle Wampe nach Hannover zu Diskussionen und gemeinsamen Grillen im Garten. Der Besuch endete am Sonntag mit vielen spannenden Gesprächen, Montag früh fuhren unsere Freunde dann wieder zurück.

Stefan Hölzer

2. Chöretreffen gegen Rechts am 9. November erinnert an 70. Jahrestag der Reichspogromnacht »Aufstehen und Widersetzen!«

Bereits am 9. November 2002, organisierte der DGB-Chor Hannover ein Chöretreffen unter dem Motto »Lieder gegen den rechten Ton«. Seitdem hat die neofaschistische Bedrohung eher noch zugenommen. Im Aufruf für das Chöretreffen heißt es deshalb:

»WIR BRAUCHEN Menschenrechte - nicht Rechte im Anzug. LASST UNS protestieren gegen neue Rechte, Aufwiegler und Polarisierer, gegen Hartherzigkeit und Gleichgültigkeit. WIR WOLLEN uns wohlfühlen in diesem Land und etwas dafür tun. Schluss damit, Ausländern unsere Probleme in die Schuhe zu schieben! LASST UNS nicht länger schweigen - sondern auf die Bühne gehen! WIR WOLLEN ein starkes Chöre-Bündnis bilden.



MACHT MIT beim Chöretreffen 'Aufstehen und Widersetzen' in Hannover am 9. November! Wir freuen uns auf vielfältige Chormusik im Historischen Museum von 11 Uhr bis 13 Uhr und im Kultur- und Kommunikationszentrum Pavillon von 14 Uhr bis 20 Uhr.«

Bisher haben bereits 29 Chöre aus ganz Niedersachsen ihre Teilnahme zugesagt (Stand Ende August). Weitere Infos gibt es unter www.choere-gegen-rechts.de und beim DGB-Chor Hannover (www.dgb-chor-hannover.de).

Alfred Hartung

Fahrt zum ehemaligen KZ Sachsenhausen

Sonntag, 21. September

Abfahrten: Winsen: 6.30 Uhr (Reichmeister), Celle: 7 Uhr (Parkplatz Hallenbad), Hannover: 7.30 Uhr (Lahe, Ecke Rendsburger/Kirchhorster Str.), Peine: 7.45 Uhr (Autohof), Braunschweig: 8.15 Uhr (Parkplatz A2 Watenbüttel)

Rückkehr: Braunschweig gegen 19 Uhr, Celle gegen 20 Uhr.

Kosten: 25 Euro pro Person

Anmeldung: Peter Baumeister, Tel.: (05171) 82618, E-Mail: baumeister.peine@t-online.de. Die Anmeldung wird wirksam, wenn der Betrag auf das Konto der VVN-BdA Peine (Konto-Nr. 27871375, BLZ 25250001, Kreissparkasse Peine) eingegangen ist. Ermäßigung auf Anfrage.

Hannover als Panzer-Patin Protest gegen Militarismus der Hauptstadt

Die Landeshauptstadt Hannover nennt sich »Patin« der 1. Panzerdivision, einer Einheit, die »an vorderster Front« an den weltweiten Einsätzen der Bundeswehr beteiligt ist. Jedes Jahr bedankt sich die Führung der Division bei den örtlichen Honoratioren mit einem »Sommerbiwak« im Stadtpark bei der Kongresshalle für diese Fürsorge.

Jedes Jahr bildet sich auch ein Bündnis der Friedenskräfte in Hannover, um gegen dieses militaristische Spektakel zu protestieren und zu demonstrieren, dass die Häupter der Stadt gegenüber der Bundeswehr durchaus nicht alle Bürgerinnen und Bürger vertreten. Dabei geht es phantasievoll aber auch lautstark zu. Trotz aller polizeilichen Bemühungen gelang bisher nicht, den Veranstaltungsort gänzlich davor abzuschirmen, sehr zum Verdruss der Organisatoren der Festlichkeit.

In diesem Jahr war geplant, Demonstrationen zum und Kundgebungen am Stadtpark mit einem »Friedensbiwak«, einer kulturell-

politischen Veranstaltung im Saal eines städtischen Freizeitheimes zu verbinden. Nun gefiel es der Stadtverwaltung, die zugesagte Nutzung des Saals zu widerrufen, falls der Zusammenhang mit den Demonstrationen nicht aufgegeben werde. Der »Antimilitaristischer Aktionskreis Hannover« als Veranstalter protestierte gegen die Zensurmaßnahme und stellte in einer Presseerklärung fest: »Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt versucht, friedenspolitisches und antimilitaristisches Engagement zu behindern. In einer Nacht- und Nebelaktion ließ sie erst jüngst die 'Friedenssteine' des Künstlers Wilfried Behre am Opernplatz entfernen. Die Stadt Hannover macht ihrem Namen als Patenstadt der 1. Panzerdivision alle Ehre.« Er kündigte an, gegen diese Maßnahme sowie gegen weitgehende Auflagen der Polizei für die Demonstrationen und die Kundgebung auch rechtlich vorzugehen. Zum Redaktionsschluss war der Ausgang der Auseinandersetzung offen. Das Kulturzentrum »Pavillon« am Raschplatz hat alternativ seine Räumlichkei-

ten jedoch für das Friedensbiwak zur Verfügung gestellt.

Eine andere demonstrative Aktion gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens in Hannover hatte jüngst ein erfreuliches Echo: Seit sieben Jahren belegt die Bundeswehr die ehrwürdige Marktkirche zum ersten Advent mit einem »Wohltätigkeitskonzert« ihres Heeresmusikkorps. Im letzten Jahr entrollten »Autonome« ein Transparent mit der Aufschrift »Aufrüstung mit Gottes Segen!« Als sie von der Polizei hinausgetrieben wurden, skandierten sie »Soldaten sind Mörder!«. Um solche Unannehmlichkeiten künftig zu vermeiden, verlangte das Musikkorps verschärfte Einlasskontrollen, die seinen Auftritt zu einer geschlossenen Veranstaltung machen würden. Die zuständige Pastorin, Hanna Kreisel-Liebermann, bestand jedoch auf dem »gottesdienstähnlichen Charakter« der Veranstaltung, die grundsätzlich jedem offen stehe.

Die militärischen, zivilen und kirchlichen Würdenträger schickte sich notgedrungen in diese Absage in der Einsicht, es wäre »sicherlich grotesk gewesen, ein Konzert mit einer Hundertschaft Polizisten schützen zu müssen,« so der zuständige Militärpfarrer. Der Stadt-

superintendent Puschmann allerdings findet, »es wäre verheerend, wenn der Eindruck entstünde, die Störer hätten ihr Ziel erreicht.« Er besteht deshalb auf einer Strafanzeige wegen »Hausfriedensbruch«. Eine Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Proteste scheint ihm fern zu liegen. Für Dirk Wittenberg von der »Roten Aktion Kornstraße« ist es allerdings ein Ansporn, nun auch verstärkt gegen die militärische Propagandaveranstaltung »Sommerbiwak« vorzugehen. Auch die Kreisvereinigung der VVN-BdA wird dabei sein. **Rwk**

Artikel für die **antifa**-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 331136
Fax: (0511) 3360221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o. ä. Eure neue Adresse mit. Danke!

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

**Ehrendes Andenken
an Elfriede Knorr**

Mit großer Trauer müssen wir erneut den Tod einer verdienten Kameradin vermelden, nachdem wir in der letzten *antifa* Charlotte Wolf würdigten. Im Alter von 82 Jahren starb Elfriede Knorr. Die Landesvereinigung der VVN-BdA und die Kreisvereinigungen werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Unsere Kameradin und langjährige Lebensgefährtin von Lorenz Knorr verstarb am 29. Juni 2008 in Frankfurt am Main. 1945 war sie Mitbegründerin der Sozialistischen Jugend »Die Falken« in Mittelfranken und Bezirkssekretärin der Organisation bis 1949. In den fünfziger Jahren arbeitete sie mehrere Jahre als Chefsekretärin in einem großen Automobilunternehmen.

Später unterstützte sie Lorenz Knorr, der auf Bundesebene und international in der sozialistischen Bewegung politische Aufgaben hatte, war aber auch selber in der Friedensbewegung aktiv. So engagierte sie sich für den Appell von Sozialdemokraten und ehemaligen SPD-Mitgliedern »Rettet das demokratische Grundgesetz« gegen die Notstandsgesetze.

Seit den 1980er Jahren unterstützte sie die Arbeit der VVN-BdA und war Mitglied der Freidenker. In ihrer stillen und freundlichen Art hat sie auf vielen Ebenen die Arbeit der Organisation unterstützt.

Wie Charlotte Wolf hinderten auch Elfriede Knorr nach jahrelanger politischer Arbeit für die antifaschistische Sache in den letzten Jahren schwere Krankheiten daran, am Leben der Organisation teilzunehmen. Die Trauerfeier für sie fand auf Wunsch von Lorenz Knorr in aller Stille in Frankfurt/M. statt.

Dr. Ulrich Schneider

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband der VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 597 0524.

Nordhessen: Rechte Gewalt und antifaschistischer Widerstand

Verletzte nach Nazi-Überfall auf Jugendcamp

Trotz aller verharmlosenden Erklärungen des hessischen Innenministers in der Vergangenheit zeigt sich, dass die ländliche Region in Nordhessen ein Sammelbecken neofaschistischer Strukturen ist. Besonders der Schwalm-Eder-Kreis ist dabei trauriger Vorreiter.

Eine rechte Bürgerliste »Pro Schwalm Eder« konnte in den Kreistag einziehen. Auf der Liste kandidierten der Frontmann der neonazistischen Band »Hauptkampflinie (HKL)« Oliver Podjaski und Ingeborg Godenau (ehem. REP), die Frau des bekannten Geschichtsrevisionisten Roy Godenau. Zu den Leitfiguren der extremen Rechten im Kreis gehört auch der verurteilte Holocaust-Leugner Manfred Roeder aus Schwarzenborn.

Die Naziszene ist in den vergangenen Monaten nicht nur mit Schmierereien und Aufklebern, sondern provokant und aggressiv in Erscheinung getreten, so bei einem nicht angemeldeten Fackelaufmarsch von 30 Neonazis Silvester 2006 in einem Ortsteil von Bad Emstal, ebenso bei einem Auftritt einer kleinere Gruppe Anfang Februar 2007 vor einer Informationsveranstaltung über extrem rechte Strukturen in Nordhessen in Kassel. Öffentliche Stellen versuchten immer wieder, das Problem zu

ignorieren. So konnte die NPD im Herbst 2007 in der Kreisstadt Homburg/ Efze im Rahmen des Landtagswahlkampfes eine Kundgebung abhalten, welche die Stadtverwaltung in aller Stille, selbst ohne Information an die Polizei, schon Wochen vorher genehmigt hatte.

CDU spricht von »linken wie rechten« Tätern

Nachdem Anhänger der »Freien Kameradschaften« seit Monaten das Jugendzentrum und den Jugendpfleger in Todenhausen terrorisieren, kam es Anfang Juni zu einem Nazi-Überfall. Anfangs sprachen Politiker von einem »Jugendkonflikt« ohne politischen Hintergrund, jetzt wird wegen »Raubüberfall« ermittelt.

Ende Juli hat sich nun ein weiterer schwerer neofaschistischer Übergriff ereignet. Vier bewaffnete Mitglieder der »Freien Kräfte Schwalm Eder« überfielen das Sommercamp von [solid]-Nordhessen. Sie griffen mit Flaschen, einem Klappspaten und anderen Hieb- und Stichwaffen im Zelt schlafende Teilnehmer an, verletzten ein 13-jähriges Mädchen schwer und einen 21-jährigen Jungen leicht und zerstörten an mehreren Fahrzeugen die Frontscheiben. Durch die Aufmerksamkeit der Camp-Teilnehmer konnten die vier Täter noch am gleichen Tage gefasst werden. Der Haupttäter, Kevin Schnippkowitz (so der Name laut altermedia.de), blieb nach seinem Geständnis in U-Haft wegen versuchtem Totschlag.

Gegen das Auftreten von Neonazis in der Region bildet sich seit einigen Monaten im Schwalm-Eder-Kreis ein besonders von Jugendlichen getragener Widerstand. In Homburg, fand im dortigen Gymnasium eine sehr gut besuchte Veranstaltung zum NPD-Verbot statt, in Melsungen protestierten Jugendliche gegen NPD-Infotische und – noch am Tag vor dem Überfall auf das Jugendcamp – fand in Treysa eine Demonstration mit etwa 200 Teilnehmenden gegen rechte Strukturen statt.

Nach der Gewalttat und der enormen Presseresonanz auf diesen Neonazi-Überfall sahen sich auch die Stadtoberen veranlasst, sich dem Protest anzuschließen. Am 27. Juli fand daher ein öffentlicher Protest statt. Dabei scheiterte der Versuch, die antifaschistischen Initiativen bei dieser Veranstaltung an den Rand zu drängen und stattdessen ein Bündnis mit der CDU »gegen Links- und Rechtsextremismus« einzugehen – selbst ein Sprecher von Bündnis 90/DIE GRÜNEN wurde eingeladen. Gut 400 Menschen beteiligten sich an der Kundgebung des Bündnisses »Schwalmstadt bleibt bunt«, und etwa 250 zogen anschließend »spontan« durch Treysa, was die Stadtoberen Tage zuvor abgesagt hatte. Hier sah man DGB- und ver.di-Fahnen, Transparente linker Parteien und der VVN-BdA.

Nun reagierte auch der Staatsschutz. In den folgenden Tagen wurden bei gut einem Dutzend Neonazis Haussuchungen durchgeführt. Es wurden Propagandamaterial und Computer beschlagnahmt. Damit ist natürlich das Problem der neofaschistischen Strukturen in Nordhessen nicht beseitigt, aber es steht zu erwarten, dass deren aggressives Auftreten etwas eingedämmt werden kann.

Gedenken an Frankfurter Paulskirche

Widerstand trotz Widersprüchlichkeit

Traditionsgemäß legten Mitglieder und Freunde der VVN-BdA in Frankfurt am Main am 20. Juli am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus an der Frankfurter Paulskirche Blumen nieder. Zuvor fand in der Paulskirche die von der Stadt Frankfurt veranstaltete Gedenkstunde an die Opfer des 20. Juli 1944 statt.

Kulturdezernent und Stadtrat Dr. Felix Semmelroth wies in seiner Gedenkrede am Beispiel des Ge-

nerals von Stülpnagel auf die Widersprüchlichkeit der Haltung eines Teils der am Attentat beteiligten Militärs hin. Einige von ihnen waren zuvor an Kriegsverbrechen des Naziregimes beteiligt.

Dennoch sei ihre Teilnahme am Attentat auf Hitler unter Einsatz ihres Lebens als Widerstand gegen das Naziregime zu würdigen, wie jeder Widerstand überhaupt, der, so räumte Semmelroth ein, bei anderen allerdings schon 1933 begonnen habe.

pcw

Bernd Kant

NPD Hessen verliert ihre Spitzen Wöll legt nach Urteil Mandate nieder

Gleich drei führende hessische NPD-Politiker haben im Juli dieses Jahres aufgegeben: Marcel Wöll trat von seinen Ämtern zurück, Alfred und Doris Zöll verlassen Hessen.

Wöll, früherer Landesvorsitzender der NPD in Hessen, legte sein Mandat als Abgeordneter des Wetteraukreises nieder, nachdem er bereits als Landesvorsitzender zurück getreten war. Das Landgericht Gießen hatte Wöll im Juni zu vier Monaten Haft verurteilt, weil er in einer Kreistagssitzung den Holocaust geleugnet hatte. Die Zuschüsse für Jugendgruppen und Schulklassen für Besuche an Stätten nationalsozialistischen Terrors

lehnte er als »Gehirnwäsche« ab.

Zwei langjährige NPD-Aktivisten legen nicht nur ihre Mandate nieder, sondern kehren Hessen den Rücken: Alfred und Doris Zütt aus Ehringhausen im Lahn-Dill-Kreis. Sie wandern aus nach Mecklenburg-Vorpommern mit der für dieses Bundesland nicht unbedingt schmeichelhaften Begründung, in einer Umgebung leben zu wollen »wo man noch Deutscher unter Deutschen« sein könne. In Meckpomm wird man an dem Zuzug aus Hessen wenig Freude haben: Doris Zütt gehörte dem NPD-Bundesvorstand an und stand an der Spitze der Liste zur Landtagswahl; Alfred Zütt wurde bereits wegen Volksverhetzung verurteilt. **P. A.**

Biographien der Opfer auf Frankfurts Portal **Stolpersteine im Internet**

Die 305 bisher in Frankfurt verlegten Stolpersteine, die vom Kölner Künstler Gunter Demnig verlegt wurden, sind jetzt auf www.frankfurt.de mit Biographien und Bildern der Opfer zu sehen.

Bei den meisten Opfern handelt es sich um jüdische Bürger. Am 3. September wurden eine Reihe weiterer Stolpersteine verlegt, unter anderem zur Erinnerung an Karl Fehler, der seit März

1934 als Mitglied der illegalen Frankfurter KPD-Bezirksleitung den Vertrieb verbotener »Kommunistischer Hetzschriften« organisierte, darunter »Die junge Garde«, »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitler-Terror«.

Karl Fehler wurde wegen hochverräterischer Betätigung zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und im Dezember 1941 im Konzentrationslager Sachsenhausen umgebracht.

Ausstellung in Frankfurt **»Sonderzüge in den Tod« im Hauptbahnhof**

»Sonderzüge in den Tod – die Deportation mit der Deutschen Reichsbahn« heißt eine Ausstellung, die die Transporte von Juden, Sinti und Roma in Ghettos und KZ dokumentiert. Gezeigt wird sie im Frankfurter Hauptbahnhof, im Aufgang nahe den Gleisen 17/18. Deutsche Bahn und Fritz Bauer-Institut haben hierfür kooperiert.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Kto-Nr. 49330-602, BLZ 5001006

Darmstadt **Magistrat offensiv gegen Neonazis**

Der Magistrat der Stadt Darmstadt hat der neonazistischen Gruppierung »Kameradschaft Darmstadt« die Verwendung des Stadtwappens untersagt. Oberbürgermeister Hoffmann (SPD) lässt weitere juristische Schritte prüfen. Die Gruppe ist bereits in Alsbach-Hähnlein und an der Bergstraße mit ausländischer Flugblätter und Aufklebern aufgetreten. Auf der Internetseite wird ein »nationales Darmstadt« gefordert. Parolen wie »Verausländerung stoppen« und »Systemparteien auflösen« werden verbreitet.

Nur wenige klammern sich noch an das »Vorbild« Friedrich Flick

Tagung klärt Rolle des Konzernchefs im 3. Reich

Nach den Ausführungen des Bochumer Historikers Dr. Harald Wixworth gab es wohl nur noch eine Handvoll Geschichtsrevisonisten, die sich an den Standpunkt klammern, Flick sei ein Vorbild. Wixworth hatte auf Einladung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Siegerland, des DGB und der Bürgerinitiative »Flick-ist-kein-Vorbild« in der Weißen Villa in Kreuztal die neue Studie »Der Flick-Konzern im Dritten Reich« (Oldenbourg Verlag) vorgestellt.

Er nahm detailreich die von Flick gepflegten Mythen, Lobbymethoden gegenüber der Politik und die interne Entscheidungsstrukturen der Flick KG auseinander. »Kein Unternehmer hat die Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten so produktiv genutzt wie Friedrich Flick.« In den zwölf Jahren der NS-Diktatur verzehnfachte er die Zahl der Beschäftigten und baute seinen Konzern zum zweitgrößten privatwirtschaftlichen Stahlherzeugers des

Deutschen Reiches aus. Er suchte und gewann ab 1932/33 die Gunst der neuen Machthaber und profitierte in großem Ausmaß von »Arisierungen«, Zwangsarbeit und dem immensen Bedarf an Rüstungsgütern. Dafür wurden die Führungskräfte des Konzerns vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg zur Verantwortung gezogen, der Konzernchef Flick als Kriegsverbrecher verurteilt.

In Kreuztal wurde Flick 1883 geboren, nach dem zweiten Weltkrieg zum Ehrenbürger ernannt, das von ihm mitfinanzierte Gymnasium trägt noch heute seinen Namen. Bekräftigt wurde die Forderung, diese Schulbenennung endlich zu korrigieren.

Der Siegerländer Historiker Dr. Ulrich F. Opfermann leitete in den Abend ein mit einem Beitrag zur Erinnerungskultur an die NS-Diktatur im nördlichen Siegerland. Dr. Harald Wixworth sprach als einer der Autoren der umfassenden und hoch aktuellen Studie zur Flick KG. **Pr. Mi.**

Wuppertaler Sozialforum startet Tribunal gegen NRW-Landespolitik

Beseitigung des V-Leute-Systems gefordert

Das Wuppertaler Sozialforum und der ASTA der Bergischen Universität Wuppertal haben ein öffentliches Tribunal gegen die Politik der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gestartet. Darin wird u. a. ausgesagt:

Wir klagen die NRW-Landesregierung an:

- ▼ durch ihre Migrations- und Abschiebepolitik die Menschenrechte und die Würde mit den Füßen zu treten,
- ▼ den Erwerbslosen in NRW eine ausreichende finanzielle Unterstützung zu verweigern,
- ▼ bei der Polizei eine »Politik der harten Hand« zu forcieren, wodurch Übergriffe bei Demos und Verletzungen in Kauf genommen werden,
- ▼ durch Einsatz von V-Männern in der Naziszene und in der NPD

Nazistrukturen zu schützen und zu begünstigen, anstatt sie zu zerschlagen. Stattdessen werden AntifaschistInnen von der Polizei gezielt drangsaliert und kriminalisiert.

VVN-Landessprecher Jochen Vogler nahm während des Tribunals zu V-Männern in der Naziszene und zum NPD-Verbot Stellung.

Das Tribunal fand am »NRW-Tag« statt, der von der Landesregierung veranstaltet wird. Wie um die Thesen des Tribunals zu bekräftigen, kam es bei einer Demonstration im Rahmen des Tribunals zu Übergriffen von Polizeikräften auf junge Menschen, die von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen, ihren Protest gegen die unsoziale und undemokratische Politik der schwarz-gelben Landesregierung auf die Straße zu tragen. **D. K.**

**Gummersbach:
Polizei muss
nachsitzen**

Nach dem antisemitischen Übergriff am 19. Juli auf einem Sportplatz im Gummersbacher Stadtteil Rospe müssen Gummersbacher Polizisten nun zur Fortbildung.

Sie sollen hinsichtlich der Merkmale einer antisemitischen oder fremdenfeindlichen Straftat sensibilisiert werden, so ein Polizeisprecher.

Unsensibel zeigten sich Gummersbacher Polizisten, als am Abend des 19. Juli die Schwester des 17-jährigen Opfers den Übergriff melden wollte. Erst nach mehrmaligem Anrufen und nach über 30 Minuten erschien ein erster Streifenwagen am Tatort. Da hatten drei junge Männer den 17-jährigen Sohn eines CDU-Kreistagsabgeordneten am Rande einer Geburtstagsfeier bereits brutal zusammengeschlagen und einen Abhang hinunter geworfen. Als »dreckige Judensau« hatten diese den Jungen beschimpft. Auch der Hitlergruß sei gezeigt worden. Einer der Täter hatte ein Eisernes Kreuz auf dem Unterarm und den Schriftzug »Blut und Ehre« auf dem Bauch tätowiert.

Erschienen waren die drei Nazis, nachdem der Junge auf der Feier mit einem Mädchen über seine jüdische Herkunft gesprochen hatte. Der Vater des Opfers, seit 1999 für die CDU im Kreistag des Oberbergischen Kreises, schrieb mittlerweile eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den Leiter der Kreispolizeibehörde. Bei einem der drei mutmaßlichen Täter habe es vor Jahren schon einmal eine Strafsache mit politischem Hintergrund gegeben, so der Kölner »Staatschutz«, der in dem Fall ermittelt. Damals war die Strafsache wegen »Geringfügigkeit« eingestellt worden. Nun wird wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und der Verwendung von NS-Symbolen ermittelt. **hma**

Rossaint-Ehrung in Marienkirche

Tafel am Ort seines Wirkens

»Es muss endgültig verhindert werden, dass jemals wieder von Deutschland eine Bedrohung des Weltfriedens ausgehen kann.« So Kaplan Dr. J. C. Rossaint 1947, Präsident der VVN bis 1990. Der Kampf um die Sicherung des Friedens, gegen die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse, gegen Remilitarisierung waren seine Hauptanliegen.

Auf dem VVN-Bundeskongress der VVN 1959 in Frankfurt wählten ihn die Delegierten zum Vizepräsident. 1967 wurde er geschäftsführender Präsident der VVN. Bis 1990 nahm er diese Funktion wahr. Am 16. April 1991 verstarb Jupp Rossaint im Alter von 88 Jahren in Bad Neuenahr.

Kaplan Dr. J. C. Rossaint wurde am 29. Januar 1936 nach der Heiligen Messe sozusagen von der Kanzel der Düsseldorfer Marien-

kirche weg wegen seiner Widerstandsarbeit gegen die Nazis verhaftet. Im berühmten Katholiken-Prozess in Berlin am 28. April 1937 wurde Dr. J. C. Rossaint zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Am 13. April 1945 entging Rossaint um Haaresbreite den Mordkommandos, die aus dem Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen (in dem Rossaint zuletzt inhaftiert war) 71 Häftlinge in der Wenzelnbergschlucht bei Leichlingen ermordeten.

Nach seiner Haftentlassung im Mai 1945 wurde die Rückkehr in sein Priesteramt an zwei Bedingungen geknüpft: Keine politische Betätigung und keine Kontakte zu Nazigeegnern aus dem Widerstand und dem Zuchthaus. Rossaint akzeptierte diese Bedingungen nicht, da sie in völligem Gegensatz zu seinen Erfahrungen in der Nazi-Zeit standen. Er widmete sich journalistischer Tätigkeit. Schloss sich im März 1947 mit ihrer Gründung der VVN an.

Einweihung der Gedenktafel für Jupp Rossaint

Am **Sonntag, dem 26. Oktober** wird die Gedenktafel für Jupp Rossaint (wie ihn seine Kameraden nannten) um 11.30 Uhr an der Düsseldorfer Marien-Kirche (Pfarrkirche St. Maria Empfängnis), Oststraße 42 enthüllt.

Verbunden mit der Enthüllung und Weiheung der Gedenktafel ist eine Ausstellung aus Oberhausen zu seinem 100. Geburtstag. Im Rahmenprogramm wird der WDR-Film von Wilfried Viebahn über Rossaints Wirken gezeigt.

Zeichen gegen Nazi-Spuk in Bonn Polizeieinsatz beschädigt Demonstrationsrecht

Eine beeindruckend große Beteiligung an der Demonstration gegen den Naziaufmarsch in Bonn-Duisdorf am 13. Juli konstatierten die Veranstalter, die von 3000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, darunter die meisten Jugendliche, sprachen. »Diese Generation ist politisch engagiert, hellwach und wehrt sich gegen den braunen Spuk«, so Manfred Stenner von der Friedenskooperative.

Auch die breite Zusammensetzung des Bündnisses »Kein Fußbreit den Faschisten« sei sehr ermutigend für Bonn als internationale Stadt und Sitz vieler UNO-Institutionen. Die Protestaktionen rund um die Marschroute der Neonazis hätten dafür gesorgt, dass diese während des ganzen Weges mit Spottliedern, Protestrufen und Pfeifkonzerten konfrontiert gewesen seien.

Dieses Recht hätten sich die Demonstranten aber nach einschneidenden Behinderungen durch die Polizei allerdings selbst zurücker-

obern müssen. Nach einem kurzen Scharmützel an anderer Stelle hatte die Bonner Einsatzhundertschaft die Demonstration zur Mahnwache am Duisdorfer Bahnhof in der geplanten Form unterbunden, Personenkontrollen und Durchsuchungen verfügt und letztlich den Lautsprecherwagen und mehrere hundert Personen mehr als sechs Stunden lang eingekesselt. Eine Kundgebung und lautstarke »Begrüßung« der Neonazis am Duisdorfer Bahnhof konnte so nicht stattfinden.

»Damit«, so Stenner, »hat die Bonner Polizei das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schwer beschädigt und unnötig gerade bei vielen Jugendlichen Feindbilder gegen die Polizei bestätigt oder erzeugt.« Viele der Eingekesselten hätten nicht gewusst, wie ihnen geschah. Sie seien nur zur falschen Zeit am falschen Platz gewesen und dann während der überlangen Prozedur der Personalienfeststellung stundenlang ihrer Freiheit beraubt gewesen. **M.S.**

Düsseldorf: NPD umgarnt Russlanddeutsche

An einer Kundgebung der NPD-nahen »Schutzgemeinschaft Deutsche Heimat« der »Deutschen aus Russland e.V.« vor dem Landtag nahmen knapp 80 Rechtsextreme teil.

Neben Mitgliedern der neofaschistischen NPD waren einzelne Aktivisten aus dem Spektrum der militant neonazistischen »Freien Kameradschaften« anwesend. Neben den Vertretern rechter russlanddeutscher Organisationen sprachen der NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer, der Holocaust-Leugner Joachim Schäfer aus Meerbusch und Thorsten Crämer, ein wegen Körperverletzung vorbestrafter Ratsherr aus Schwelm.

Gegen die Kundgebung der Neonazis protestierten über 100 Antifaschisten, hierzu hatte auch die VVN-BdA aufgerufen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Neun der Gegendemonstranten wurden teilweise brutal in Gewahrsam genommen.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

»Anti-Islamisierungs-Kongress« gemeinsam verhindern!

Aufrufe zum Protest in Köln am 19. und 20. September 2008



Eine Stadt macht mobil: Die Kölner Kneipenkultur mobilisiert mit Plakattwänden gegen den Rassistenkongress. Bild: arbeiterfotografie.com

Der Widerstand gegen den von »pro Köln« für den 20. September vollmundig angekündigten Rassistenkongress wird immer stärker. Die Zahl derjenigen, die den Aufruf unterstützen, die geplante rechte Zusammenrottung durch massenhafte Blockaden zu verhindern, wird täglich größer. Ein Erfolg: Auf dem Roncalliplatz wird nicht »pro Köln« stehen, sondern die Auftaktkundgebung des DGB und seiner Bündnispartner wird dort stattfinden.

Den Aktionen angeschlossen haben sich u. a. verschiedene Ratsmitglieder der Grünen, Stefan Peil (Kölner Kreisvorsitzender der Grünen), verschiedene Abgeordnete des Europaparlaments und des Bundestages, eine Reihe prominenter Kölner Künstler wie z.B. Jürgen Becker, Wilfried Schmickler, Klaus der Geiger sowie eine große Anzahl von Kneipen und Cafés, welche die Aktion mit einer eigenen Kampagne unterstützen. Unter dem Motto »Kein Kölsch für Nazis« rufen sie auf, den Rassisten nicht die Straßen und Plätze zu überlassen.

Flugblätter mit dem Titel »Aufgestanden! Hingesetzt! Blockiert! Kein Rassist(inn)enkongress in Köln« wurden massenhaft verbreitet, in denen die Bevölkerung informiert und zur aktiven Gegenwehr aufgerufen werden. Mit Blockadetrainings bereiten sich die Aktivist(inn)en darauf vor, die Versuche der Rechten zu verhindern, ihren Kommunal- und Europawahlkampf in Köln mit Hilfe fast der gesamten europäischen Rassistensprominenz zu eröffnen.

»pro Köln« will den Widerstand der demokratischen Öffentlichkeit in Köln dadurch unterlaufen, dass wichtige Programmteile ins Umland ausgelagert und versteckt werden. O-Ton: »... werden in der gesamten Region geschlossene dezentrale Saalveranstaltungen mit hochkarätigen Referenten mit islam- und überfremdungskritischen Beiträgen stattfinden.«

Die Kölner VVN-BdA erklärte: Trotz kritischer Stellungnahmen auch aus dem Regierungslager »tun Demokrat(inn)en gut daran, sich nicht auf die Hilfe der Regierung, sondern auf die eigene Mobilisierungsfähigkeit und Stärke zu verlassen.«

Aufgerufen hat auch die Internationale Föderation des Widerstandes (FIR), deren Präsident Michel Vanderborght aus Belgien auf dem Roncalliplatz sprechen wird.

Die FIR hat auch die Teilnahme von Antifaschisten aus Belgien und den Niederlanden an dem Protest angekündigt, um sich am 19. und 20. September den europäischen Rechten in den Weg zu stellen.

Der VVN-BdA-Landesausschuss rief dazu auf, aus den Kreisen mit der DB nach Köln zu reisen und sich am 20. 9. ab 9 Uhr auf dem Roncalli-Platz einzufinden. Dort beginnt um 9 Uhr das Musikprogramm und um 10 Uhr die Kundgebung. Um 11.30 Uhr dann die Demonstration als Kette um den Heumarkt, wo sich die Rassisten treffen wollen. Die Auftaktkundgebung des Bündnisses »Aufgestanden-Hingesetzt-Blockiert« ist für 9.00 Uhr in der Gürzenichstraße angemeldet, war aber Anfang September noch nicht »genehmigt«.

Die VVN-BdA: »Sinnvoll erscheint, sich mit möglichst vielen Fahnen und Transparenten der VVN-BdA zusammenzufinden und dann abzustimmen, was weiter zu machen ist.«

DGB am Antikriegstag Geschichtsunterricht gehört ausgebaut

Am Antikriegstag am 1. September forderte der DGB NRW, den Geschichtsunterricht an den allgemeinbildenden Schulen des Landes »trotz aller Berufsbezogenheit« nicht zu kürzen.

In seiner Rede zum Antikriegstag betonte der DGB-Vorsitzende für NRW, Guntram Schneider in Dortmund, dass die aktuelle Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Formen des Rechtsextremismus nur zu gewinnen sei, wenn »niemand und nichts vergessen wird«. Dies setze eine ausgeprägte Erinnerungskultur, die besonders an den Schulen gepflegt werden muss, voraus. Schneider appellierte deshalb an die Landesregierung, »trotz aller Berufsbezogenheit« des Schulunterrichtes den Geschichtsunterricht nicht zu vernachlässigen. Es sei skandalös, wenn z.B. in Bayern die Zeit des Nationalsozialismus nur noch an maximal sieben Schulstunden behandelt werden soll. »Dies ist ein Negativbeispiel, dem NRW nicht nacheifern darf«, so der DGB-Vorsitzende.

Veranstaltung von ZAKK und VVN-BdA

Gedenkstättenpolitik und Totalitarismusthese sind seit Jahren Themen des Journalisten Hans Canjé. An vielen Beispielen zeigte er, wie und wo die geschichtsrevisionistische Ummwidmung bereits in vollem Gange ist.

Bei einer Veranstaltung in Düsseldorf wird er einen kurzen Überblick über die Geschichte der Gedenkstättenpolitik geben, sich mit der sächsischen Gedenkstättenstiftung auseinandersetzen und das Konzept des neuen Entwurfes von Staatsminister Naumann kritisch hinterfragen und anhand einiger Beispiele die bereits erfolgte Umsetzung darstellen.

**Termin: 3. November 2008,
19:00 Uhr, im ZAKK,
Fichtenstr. 40, Düsseldorf**

Werdenfelser Widerstand

Bündnis gegen Naziprovokationen im Oberland

350 Polizisten schützten am 28. Juni in Murnau einen Aufmarsch von 80 Neonazis und schirmten sie gegen meist jugendliche Demonstranten ab, die mit Sprechchören »Nazis raus!« und einem Transparent »Murnau sagt nein zu Neonazis« gegen den Aufmarsch protestierten.

Vor einem Jahr war in Murnau ein NPD-Kreisverband Oberland gegründet worden. Jetzt hatte der bayerische Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Norman Bordin, den Aufmarsch mit Kundgebungen unter dem Motto »Gegen linke Gewalt – Kriminellen das Handwerk legen« bei der Marktgemeinde am Staffelsee angemeldet. Die bedauerte, »dass mit den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten der geplante Aufmarsch nicht unterbunden werden« könne. Der Polizei war daran gelegen, dass die Neonaziaktion »zügig und störungsfrei verläuft«.

Die Gemeinderatsfraktionen – CSU, ÖDP, Freie Wähler und SPD – erklärten in einer gemeinsamen Resolution, den Neonazi-Aktivitäten »geschlossen Widerstand« entgegen setzen zu wollen. Sie appellierten an die Bürger, der Aufmarschstrecke fernzubleiben. Ge-



»Kehraus« in Murnau.

Bild: ele

schäfte und Lokale folgten einem Aufruf des Wirtschaftsfördervereins und blieben während des Naziumzugs geschlossen.

Solch passiver Widerstand allein war dem »Werdenfeler Bündnis gegen Rechts« zu wenig. Nachdem das zuständige Ordnungsamt ein »Fest für die Demokratie« nicht genehmigen wollte, entschloss sich das Bündnis um den DGB-Regionsvorsitzenden Manfred Neupfleger zu einer »Kehraktion« unter dem Motto »Wir kehren den

brauen Dreck aus Murnau weg«. Mehrere hundert Menschen aus Murnau und Umgebung kamen dazu mit Besen »bewaffnet«, zusammen und zogen durch die Fußgängerzone, um sie symbolisch zu säubern.

Protest mit Besen und der Weißen Rose

Der Kehraktion schlossen sich neben Gemeinderäten auch Landrat Harald Kühn (CSU) und die Bundestagsabgeordneten Klaus Barthel (SPD) und Alexander Dobrindt (CSU) an. Vor dem Rathaus gab es eine Abschlusskundgebung. Der Rathauseingang war mit schwarzem Tuch verhängt. Davor eine große Vase mit einem Strauß weißer Rosen und auf dem Tuch Bilder von Mitgliedern der Widerstandsgruppe um Hans und Sophie Scholl, die von den Nazis ermordet wurden. Auch einige Geschäftsleute hatten ihre Schaufenster mit weißen Rosen geschmückt und verteilten sie an die Passanten.

Nach der erfolgreichen Kehraktion wollte die Junge Union das »Werdenfeler Bündnis gegen Rechts« in »Werdenfeler Bündnis gegen Links- und Rechtsextremismus« umbenennen. Ihr Antrag wurde von den übrigen Bündnismitgliedern mit der Begründung einhellig abgelehnt, dass es keine

Ehrungen für Gräfenberg NPD Grenzen aufgezeigt

Gräfenberg steht inzwischen bundesweit als ein Vorbild für mutiges und kreatives Auftreten gegen Nazi-Provokationen. Gewürdigt wurde dies jüngst auch durch die Auszeichnungen mit dem Würzburger Friedenspreis und mit dem bundesdeutschen Preis für Demokratie und Toleranz. Ein unlängst entstandenes Städtenetzwerk gegen Rechts-Extremismus in der Metropolregion Nürnberg, zu dessen Gründung auch Vertreter der VVN-BdA eingeladen waren, will in Sachen Zivilcourage künftig weitere Zeichen in der Region setzen.

Das ist erfreulich. Ebenso, wie es erfreulich ist, dass der Münchner Stadtrat der NPD-Tarnliste »Bürgerinitiative Ausländerstopp«, Karl Richter, zu einer größeren Geldstrafe verurteilt wurde. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass er bei seiner Stadtratsvereidigung provokativ den verbotenen Hitlergruß gezeigt hatte. Ein Ausschluss aus dem Stadtparlament sei allerdings rechtlich nicht möglich.

Aus der Zunahme der braunen Provokationen und den angeblichen oder tatsächlichen politischen und juristischen Möglichkeiten, diesen zu wehren, wächst die Erkenntnis: Es kann nicht ausreichen, bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu loben, ohne gleichzeitig alles dafür zu tun, dass die NPD und ihr Umfeld endlich verboten und aufgelöst werden. **A. K.**

linksextremistischen Bestrebungen in Murnau gebe. Daraufhin traten die JU-Vertreter aus dem Bündnis aus.

Die Marktgemeinde Murnau hat sich inzwischen mit dem Bündnis darauf geeinigt, »bei künftigen Auftritten der Neonazis mit einer gemeinsamen Stimme und einem gemeinsamen Handeln in der Öffentlichkeit« aufzutreten. Bündnis-sprecher Manfred Neupfleger: »Wir haben ein gemeinsames Ziel: Murnau von Neonazis freizuhalten.« **ele**

Neonazi-Hetze gegen Bündnis

»Achtung, Ihr Nachbar ist ein Linksextremist!« Solche Flugblätter haben Unbekannte den Nachbarn von Mitgliedern des »Werdenfeler Bündnis gegen Rechts« um Murnau in die Briefkästen gesteckt.

Die Pamphlete enthalten Name, Adresse, Telefonnummer und ein Portrait der Nazigegner. Über sich selbst verraten die anonymen Verfasser nur, dass sie »anständige und unbescholtene Bürger« seien und: »Wir werden das Oberland nicht den Feinden unseres Volkes überlassen!«

Ein Betroffener wird als »unbelehrbarer Kommunist und Deutschenhasser« beschimpft. Er ist

Mitglied der Partei Die Linke, auch sein Elternhaus war vorher bereits mit Farbeiern beworfen worden. In einer »Gegendarstellung«, die er an seine Nachbarn verteilte, verwahrt er sich gegen den Vorwurf, Linksextremist und Deutschenhasser zu sein, und entlarvt die Hetzer als ausländischerfeindlich, antisemitisch, antidemokratisch und rechtsextremistisch, die politisch motivierte Straftaten begehen.

Auf einer neonazistischen Internetseite werden Mitglieder des Werdenfeler Bündnisses als »Zielpersonen« attackiert. Darunter auch der Sprecher des Bündnisses, DGB-Vorsitzender Manfred Neupfleger. **ele**

Die Arroganz der Macht

Versammlungsgesetz: CSU treibt den Demokratieabbau voran

Wie zu befürchten war, konnte die CSU noch vor Sommerpause und Landtagsneuwahlen ihr Versammlungsgesetz im Schnellverfahren verabschieden. Petitionen und Einwendungen von mehr als 250 Organisationen und Einzelpersonen wurden mit der Arroganz der Macht ohne Diskussion beiseite geschoben. Dieses Vorgehen unterstreicht letztlich die in der Einwendung der bayerischen VVN-BdA formulierten Bedenken:

»Die Versammlungsfreiheit gehört zu den wesentlichen Freiheitsrechten überhaupt; im Grundgesetz sind diese an vorderster Stelle verankert. Die verfassungsmäßige Hervorhebung von Grund- und

Freiheitsrechten war eine Konsequenz der Erfahrungen mit dem NS-Regime, das freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit zwölf Jahre lang unterdrücken konnte. Jede Einschränkung von demokratischen Rechten schwächt auch heute die Demokratie und stärkt letztlich die Neonazis. Unverzichtbar bleibt es daher auch heute, die Grundrechte zu sichern.

Dies schließt ein konsequentes Vorgehen gegen Naziparteien und -organisationen keineswegs aus. Die Väter und Mütter von Grundgesetz und Bayerischer Verfassung gingen damals davon aus, dass Naziorganisationen ein für allemal den Anspruch verwirkt hatten, sich auf Grundrechte zu berufen und dass sie – wie etwaige Nachfolgeorganisationen – zu verbieten seien. Dafür gibt es Wege und Möglichkeiten, derer sich auch die Bayerische Staatsregierung bedienen sollte, anstelle Grundrechte außer Kraft zu setzen.«

Die Abwehr von Angriffen auf demokratische Rechte und Freiheiten, der Kampf um deren Sicherung und – wo bereits nötig – deren Wiedereinführung und Ausbau bleiben also dringliche Aufgaben. Juristische Interventionen können hier nützlich sein, politischer Druck muss weiterhin entwickelt



Auch Mitglieder der VVN-BdA waren bei der von ver.di initiierten mehrtägigen Rund-um-die-Uhr-Mahnwache für Versammlungsfreiheit am Max-II-Denkmal in München dabei. Obwohl der Protest letztlich noch nicht ausgeht hat: Ein wichtiges Stück Öffentlichkeitsarbeit vor der Parlaments-Abstimmung im benachbarten Landtagsgebäude. Bild: Guttenberger

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der **antifa** sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

September: Praxedis Aehlig, Deisenhofen, 86 Jahre; Ruth Steinführer, München, 82 Jahre; Martin Ermer, Veitsbronn, 80 Jahre; Hans-Jürgen Nibbe, München, 80 Jahre; Hugo Höllenreiner, Ingolstadt, 75 Jahre; Hubert Söllner, Rieden, 70 Jahre; Sybille Hirschberger, Augsburg, 65 Jahre; Klaus Reichel, Moosburg, 65 Jahre; Josef Zintl, Krailling, 65 Jahre; Sieglinde Miedaner, München, 60 Jahre; Günther Gerstenberg, München, 60 Jahre; Franz Tobiasch, Westendorf, 60 Jahre.

Oktober: Gisela Freudenthal, Füssen, 82 Jahre; Jutta Franke, Bamberg, 81 Jahre; Karl Hofmann, Wald, 75 Jahre; Brunhilde Bullinger, München, 60 Jahre; Peter Hinterberger, München, 60 Jahre; Marian Janka, Fürth, 60 Jahre.

werden. Der von CSU-Chef Huber im Zuge des Landtagswahlkampfes angekündigte »Kreuzzug« ge-

gen Links lässt Schlimmstes befürchten, sollte dieses Gesetz Bestand haben. **Ernst Antoni**

Hitlergruß und Nazifahne

Mit Zivilcourage gegen NPD-Provokationen

»Die NPD sucht ihr Heil in der Provokation« überschrieb die Süddeutsche Zeitung unlängst einen Bericht über den »Kampf um die Straße« in Bayern.

Der Artikel berichtete von der makabren Trauerfeier für Friedhelm Busse in Passau. Ein Bild zeigte die ums Grab versammelte NPD- und sonstige Nazi-Prominenz, die ergriffen zuschaut, wie ein Neofaschist die verbotene Reichskriegsflagge über den Sarg des mit langen Gefängnisstrafen bedachten Altnazis Busse breitet. »Ein großer Kämpfer für Deutschland wurde zur großen Armee abberufen«, zitiert die SZ eine NPD-Erklärung,

Im Anschluss an die Beerdigung verprügeln die Neonazis einen Fotografen, schlagen eine ausländisch aussehende Frau und marschieren durch die Passauer Innenstadt. Diese Ereignisse Ende Juli sind nur ein Beispiel für das gewalttätige Auftreten der NPD und

ihrer Umfeldgruppen. In Wunsiedel und im benachbarten Warmensteinach, wo die NPD einen Gasthof kaufen will, bewiesen Mitte August wieder Tausende von Bürgerinnen und Bürger aus allen politischen Lagern, dass sie das nicht widerstandslos hinnehmen. Und in Gräfenberg waren es eine Woche darauf schon wieder über 500 Menschen, die dafür sorgten, dass eine Wahlkampfprovokation der NPD zum Rohrkrepiierer wurde.

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 53 17 86
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Er baute den Rundfunkempfänger im Konzentrationslager Buchenwald

Nachruf auf den jüngst verstorbenen Kameraden Reinhold Lochmann

Im Alter von vierundneunzig Jahren verstarb in Berlin am 26. Juli 2008 Reinhold Lochmann, der ehemalige politische Häftling Nummer 2455 aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Er war es, der, verborgen vor den SS-Schergen, im KZ 1942 ein Radiogerät baute, mit dem Nachrichten empfangen werden konnten, die für Entscheidungen des illegalen Internationalen Lagerkomitees von größter Bedeutung waren.

Bevor er nach Buchenwald gezwungen wurde, hatte er seit April 1933 Gestapo-Höllen, Zuchthaus und die berüchtigten Moorlager erdulden müssen.

Mit dem aus Miniaturbauteilen geschaffenen Kleinstempfänger ließ sich der unabhängige Nachrichtenempfang im Lager sichern. Die beachtenswerten Leistungen seines Genossen und Kampfge-

fährten hervorhebend, sagte Walter Bartel, ab 1943 Vorsitzender des illegalen Lagerkomitees: »... verständlich, dass wir hauptsächlich zuerst interessiert waren an den unmittelbaren politischen Nachrichten und besonders Frontnachrichten, denn jeder – auch der kleinste Erfolg an der Front – war oft wichtiger als ein Stück Brot oder eine Zigarette...«

Reinhold Lochmann gehörte zu den Häftlingen, die am 19. April 1945 nach der Selbstbefreiung den Schwur von Buchenwald zur Maxime ihres Lebens machten. In der DDR sah er die Möglichkeit »die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln« und »den Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit« Wirklichkeit werden zu lassen. Wie im antifaschistischen Widerstand gehörte Reinhold Lochmann zu jenen Kommunisten, die sich mit ganzer Persönlichkeit einbrachten.

Den ersten Vers des Buchenwaldliedes »Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen...« interpretierten er für sich dahingehend, dass er bis ins hohe Alter Jugendlichen aus seinem Leben Erfah-



rungen weitergab. Über viele Jahre war er Gesprächspartner der Pädagoginnen und Pädagogen während der Lehrerkurse an der nationalen Gedenkstätte Buchenwald.

Besondere Verdienste erwarb sich Reinhold Lochmann als Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora und im Internationalen Komitee Buchenwald-Dora/Kommandos. Beharrlich setzte er sich für die Bewahrung antifaschistischer Traditionen ein und wies Verleumdungen und Geschichtsrevisionismus nachdrücklich zurück.

Für Reinhold Lochmann war das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands: »Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!« stets Gebot für verantwortungsbewusstes Handeln im Sinne der Menschen.

Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora

Zum Protest aufgerufen

Gegen Sicherheitswahn und ausufernde Überwachung

Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren und kontrollieren uns immer vollständiger. »Verdachtsunabhängig« wie es so schön heißt.

Egal, was wir tun, mit wem wir sprechen oder telefonieren, wohin wir uns bewegen oder fahren, mit wem wir befreundet sind, wofür wir uns interessieren, in welchen Gruppen wir engagiert sind, der »große Bruder« Staat und die »kleinen Brüder und Schwestern« aus der Wirtschaft wissen es immer genauer.

Der daraus resultierende Mangel an Privatsphäre und Vertrau-

lichkeit gefährdet Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Koalitionsfreiheit, Unternehmensintegrität, die Arbeit von Ärzten, Beratungsdiensten und Rechtsanwälten. Die Reform des Sicherheitssektors mit der Aufhebung der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär gefährdet Gewaltenteilung und demokratische Balance in der Gesellschaft.

Unter Einsatz von Massenüberwachungstechnologie führt die grenzenlose Zusammenarbeit zum Aufbau von »Festungen« in Europa und anderen Kontinenten. Sie richtet sich u.a. gegen Flüchtlinge, politische Aktivisten, auch aus antifaschistischen und antirasistischen Initiativen.

Menschen, die sich ständig beobachtet und überwacht fühlen, können nicht unbefangen und mutig für ihre Rechte und eine gerechte Gesellschaft eintreten. Massenüberwachung setzt damit die Basis

einer demokratischen und offenen Gesellschaft aufs Spiel, gefährdet auch das zivilgesellschaftliche Engagement. Überwachung, Misstrauen und Angst verändern schrittweise unsere Gesellschaft. Unkritische Verbraucher, die »nichts zu verbergen haben«, geben zur vermeintlichen Gewährleistung totaler Sicherheit ihre Freiheitsrechte auf.

Eine solche Gesellschaft wollen

wir nicht! Wir wissen, dass der Respekt vor unserer Privatsphäre einen wichtigen Teil unserer menschlichen Würde darstellt. Eine freie und offene Gesellschaft kann ohne bedingungslos private Räume und Kommunikation nicht existieren.

Die zunehmende elektronische Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung bietet keinen verbesserten Schutz vor Kriminalität. Sie kostet Millionen von Euro und gefährdet die Privatsphäre unschuldiger Bürger. Wo Angst und Aktionismus regieren, bleiben gezielte und nachhaltige Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit ebenso auf der Strecke wie ein Angehen der wirklichen, alltäglichen Probleme der Menschen; zum Beispiel Arbeitslosigkeit und Armut.

**Michael Kappes
BdA Berlin-Pankow**

www.vorratsdatenspeicherung.de

Demo gegen Überwachungswahn

Samstag, 11. Oktober

An diesem Tag demonstrieren wir durch Berlin unter dem Motto »Freiheit statt Angst – Stoppt den Überwachungswahn!«

Treffpunkt ist der Alexanderplatz um 14 Uhr.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29 78 41 78
Fax: (030) 29 78 43 78
Internet: <http://berlin.vvn-bda.org>
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Antifaschistische Gedenkzeichen erhalten

Entfernte Gedenktafeln wieder erneuert

Auch in Weißensee wurden nach 1990 Gedenktafeln für Opfer der Naziherrschaft entfernt. Eigentümerwechsel und Erneuerungsarbeiten an den Fassaden führten zur Demontage und schließlich zum Verlust von Metalltafeln. Auch durch die Arbeit der Gedenktafelkommission des Bezirkes konnten nun viele der verschwundenen Tafeln wieder angebracht werden.

Das Aktive Museum Faschismus und Widerstand brachte in zwei Fällen Ersatztafeln an – von denen eine sehr schnell erneut abgenommen wurde. Andere Tafeln blieben verschwunden.

Die Berliner Bezirksreform von 2000 änderte nun einiges. Die früheren Bezirke Pankow und Prenzlauer Berg hatten eine andere Haltung zu den Gedenkzeichen. Auf Grundlage der vom BdA eingereichten Anträge kam es nun auch zu Veränderungen in Weißensee: Eine Stele, die auf einem ehemaligen Betriebsgelände an drei kommunistische Widerstandskämpfer aus dieser Firma erinnerte, konnte bei der Umwandlung der Flächen in ein Wohngebiet erhalten werden. Der Investor ließ den Zugang zu der Gedenksäule in der Liebermannstraße 30 so gestalten, dass sie wieder einen zentralen Platz einnimmt.

Das Bezirksamt Pankow kümmerte sich um die Wiederherstellung zuvor beschädigter Texte, und der Weißenseer Heimatverein übernahm die Pflege der Fläche im Umfeld der Stele. Damit entstand auf privatem Grund für Fritz Siedentopf, Gustav Widrinna und Erwin Nöldner eine würdige Gedenkstätte.

Später konnte bei der Hausrenovierung durch eine Bank in der Berliner Allee eine Tafel für Else Jahn, die mutig die einrückenden sowjetischen Truppen unterstützt

hatte und dabei ihr Leben verlor, erneuert werden. Ein Kommentar begleitet die Ursprungstafel zum besseren Verständnis.

In weiteren Fällen konnte der BdA Weißensee/Hohenschönhausen erfolgreich verloren gegangene Tafeln ersetzen lassen. Anfang Mai diesen Jahres wurden zwei weitere Orte neu gestaltet. In der Lehderstraße 61 fand eine erneuerte und mit erläuterndem Kommentar ergänzte Tafel Platz. Der aus einer jüdischen Familie stammende Arno Nacher, sofort nach dem Reichstagsbrand verhaftet und wegen seiner Arbeit für einen kommunistischen Verlag zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, wurde nach Verbüßung der Strafe in »Schutzhaft« genommen und nur wenige Wochen nach seiner Einlieferung in das KZ Mauthausen ermordet. In der Gürtelstraße 11 schließlich wurde für



den Widerstandskämpfer Erich Neumann eine neue Tafel installiert, auf der nach Recherchen fehlerhafte Angaben aus früherer Zeit korrigiert sind.

Den Mitarbeitern des Kommunalen Museumsverbundes Pankow gebührt Anerkennung für die Erneuerung der Gedenktafeln und Gedenkstätten. Hervorzuheben ist, dass in allen Fällen die Hauseigentümer für die Zustimmung zur Installation gewonnen werden konnten.

**Joachim Bennewitz
BdA Weißensee/
Hohenschönhausen**

»Dennoch ging ich diesen Weg«

VVN-BdA trauert um Wolfgang Szepansky

In der Nacht zum 23. August 2008 verstarb der langjährige Vorsitzende des Westberliner Sachsenhausen-Komitees und stellvertretende Vorsitzende der Westberliner VVN, Wolfgang Szepansky, im Alter von 97 Jahren.

Am 9. Oktober 1910 im Berliner Wedding geboren, wuchs er in einem sozialdemokratischen Elternhaus in Mariendorf auf und erlernte das Malerhandwerk.

Schon mit 17 Jahren begeisterte er sich für das Arbeitertheater, trat drei Jahre später – 1930 – in den kommunistischen Jugendverband ein, wo er als Organisationsleiter des Unterbezirks Tempelhof tätig war.

Wegen seiner Beteiligung an einer Mal-Aktion: »Nieder mit Hitler! KPD lebt! Rot Front!« wurde er bereits am 11. August 1933 zum ersten Mal verhaftet. Nach seiner Entlassung setzte er seine politische Arbeit fort. Anfang Januar 1934 entschied er sich, erneut bedroht, zur Emigration in die Niederlande. Nach der Besetzung der Niederlande im Mai 1940 geriet Wolfgang erneut in die Fänge der Gestapo. Über ein holländisches Internierungslager wurde er im Oktober 1940 erst in die Steinwache Dortmund und schließlich in das Konzentrationslager Sachsenhausen deportiert.

Von der Verfolgung...

Nach seiner Befreiung engagierte er sich im Antifaschistischen Jugendausschuss von Tempelhof, Berlin-West, und arbeitete als Zeichenlehrer. Er erhielt jedoch 1951 als SED-Mitglied Berufsverbot. Nach langer Arbeitslosigkeit fand er endlich eine Anstellung als Klubhausleiter bei der Deutschen Reichsbahn. Gegen die willkürliche Abkennung des Status als Verfolgter des Naziregimes durch

den Westberliner Senat prozessierte Wolfgang fast 20 Jahre, bis ein Richter ihm die aberkannnte Entschädigung wieder zusprach.

Jahrzehntelang war Wolfgang Szepansky als Zeitzeuge aktiv. Ob in der Gedenkstätte Sachsenhausen, in Berliner Schulen, Universitäten oder Volkshochschulen: seine Schilderungen vermittelten den Schülern und Studenten stets eine Geschichtsstunde »von unten«. Diese Arbeit als Zeitzeuge betrachtete er als seine persönliche Pflicht – auch in Erinnerung an seine im Lager und auf dem Todesmarsch verstorbenen Kameraden.

...zum Bundesverdienstkreuz

Wolfgang unterstützte 1977 die Öffnung der VVN zum »Verband der Antifaschisten«. Gemeinsam mit den neuen jüngeren Mitgliedern war er bei Aktionen gegen Nazitreffen, gegen ausländerfeindliche und rassistische Übergriffe aktiv. Mit der Band »Sorgenhobel« und seinem Kameraden Emil Ackermann trat er in den 80er Jahren auf zahlreichen Friedensveranstaltungen mit Liedern gegen Krieg und Faschismus auf.

Für seine Lebensleistung wurde 1996 Wolfgang gemeinsam mit seiner Frau Gerda mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt.

Mit Wolfgang Szepansky verlieren die Berliner VVN-BdA und das Sachsenhausenkomitee einen aufrechten, kämpferischen und bescheidenen Freund.

»Dennoch ging ich diesen Weg« ist der Titel seiner bewegenden Autobiographie.

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, den 17. September 2008, 11 Uhr, in der Kapelle des Kirchhofs Mariendorf II in der Friedenstr. 12-14 in Tempelhof statt.

»Tüdelband« wird Straßenschild

Gebrüder Wolf dem Vergessen entrissen

Im Juni wurde ein Platz an der Bernhard-Nocht-Straße in St. Pauli nach den jüdischen Gebrüdern Wolf benannt. Sie waren, wie man heute sagen würde, die größten Entertainer Hamburgs, auch in Plattdeutsch.

Von ihnen stammen bekannte Lieder wie »Snuten un Poten, dat is een fein Gericht« oder »An de Eck steiht een Jung mit'n Trünnelband«. Das »Trünnelband« war ein Reifen aus den Alu-Beschlägen alter Fässer. Als es diese Reifen nicht

mehr gab, wurde daraus ein »Tüdelband« (Bindfaden), was eigentlich keinen rechten Sinn ergibt.

Die Gebrüder Wolf begannen 1895 als Gesangs-Terzett Ludwig, James und Leopold Wolf, später als Duo Ludwig und Leopold. Nach

Leopolds Tod trat dessen Sohn James Iwan an seine Stelle, die »Gebrüder« waren nun in Wahrheit Onkel und Neffe, aber das sah man nicht so eng. Sie sangen nicht nur, sondern traten auch als Hafnarbeiter-Originale Tetje und Fietje auf.

1933 bekamen sie Auftrittsverbot. Die Wolfs waren jüdisch und hießen mit Nachnamen eigentlich Isaac, bevor ihr Künstlername in die Pässe eingetragen wurde. Der Vater des Terzetts war ein Schlachtermeister aus der Hamburger Neustadt mit Namen Isaac Joseph Isaac. Die bekannten Lieder der Wolfs wurden als »deutsche Volkskunst« vereinnahmt, die Künstler selbst gerieten mit der Zeit in Vergessenheit.

Während des Krieges wurden viele der Wolfs in »Judenhäusern« zusammengepfercht. Ein Teil der Familie wurde nach Theresienstadt deportiert, darunter ein zweijähriger

(Fortsetzung auf Seite 15)

Termine der Hamburger VVN-BdA von September bis November

Sonntag, 28. September
Antifa-Film im »Metropolis«
Der Leidensweg durch KoloFu.
17.00 Uhr
Achtung, neue Adresse:
Steindamm 54 (ehem. SAVOY)

Donnerstag, 6. November
Mahnwache zum 70. Jahrestag
der Reichspogromnacht
von VVN-BdA Hamburg, Jüdische
Gemeinde Hamburg, Universität
Hamburg, Bürgerinitiative Grin-
delhof, Pax-Christi.
15.30 - 17.00 Uhr
Joseph Carlebach Platz

Sonntag, 9. November
»Gegen das Vergessen«
Veranstaltung des Auschwitz-
Komitees zur Erinnerung an die
Pogromnacht.
Mit Esther Bejarano und Hans Hei-
se. Anschließend: Konzert mit
Esther, Edna und der Gruppe Coin-
cidence.
19.30 Uhr, Uni Hamburg, DWP,
Von-Melle-Park 9, Hörsaal 1

Sonntag, 9. November
»Empfänger unbekannt«
Szenische Lesung mit Michael
Altmann aus dem Briefroman

von Kathrine »Kressmann« Tay-
lor, 1938 erstmals in der New
Yorker Zeitschrift »Story« er-
schiene.
20.00 Uhr
Politbüro, Steindamm 45

Donnerstag, 13. November
Seminar und Diskussion: Die
Planungen nach dem Pogrom.
Die interministerielle Konfe-
renz im Reichsluftfahrtministe-
rium am 12. November 1938
Veranstalter: Auschwitz-Komitee
18.00 Uhr
(Ort bitte im VVN-Büro erfragen)

Defizite staatlicher Antifa-Arbeit

Berliner Nazis singen HJ-Lied und nichts passiert

Bei zahlreichen NPD-Aufmärschen erschallt in letzter Zeit das Hitler-Jugend-Lied von Werner Altendorf »Ein junges Volk steht auf«. Darin werden das Soldatentum, nationale Kameradengemeinschaft, Opferbereitschaft und Heldentod stark glorifiziert. Die Reaktionen staatlicher Stellen sind regelmäßig verhalten.

So geschah es auch am 1. Dezember 2007 bei der Abschlusskundgebung des jährlichen Aufzugs von Kameradschaftskreisen für ein nationales Jugendzentrum in Berlin Neukölln. Zum Abschluss der Kundgebung wurde nach Berichten von Beobachtern des Lied angestimmt, ohne dass Berliner Polizei einschritt.

Nach der Bewertung des Verfassungsschutz Berlins und anderer

Bundesländer erfüllt das Singen oder Abspielen dieses Liedes den Tatbestand des § 86 a StGB, wonach das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen strafbar ist. Und als solches Verwenden gilt auch das Absingen des HJ-Liedes »Ein junges Volk steht auf«, wie auch anderer Lieder von SA und NSDAP. Nachzulesen in der aktuellen Broschüre »Symbole und Kennzeichen des Rechtsextremismus« des Berliner Verfassungsschutzes. Demnach haben sich die Teilnehmer des Aufmarsches durch das Absingen des Liedes »Ein junges Volk steht auf« strafbar gemacht.

Wie der Berliner Innensenator Dr. Körting nun auf eine Kleine Anfrage bekannt gab (Anfrage des Abgeordneten Behrendt, Nr.16/12162), habe die Polizei das Absingen vor Ort wegen der Ge-

räuschkulisse nicht wahrnehmen können. Das auf die erfolgten Hinweise dennoch eingeleitete Strafverfahren verlief im Sande. Es sei von der Berliner Staatsanwaltschaft nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellt worden. Eine solche Einstellung erfolgt, wenn keine Straftat vorliegt oder kein Täter ermittelt werden kann.

Beides überrascht nun sehr, denn im aktuellen Berliner Verfassungsschutzbericht 2007 ist ausdrücklich festgehalten, dass am Ende der Demonstration von den Teilnehmern das HJ-Lied gesungen wurde (Seite 25). Zudem gaben die Autonomen Nationalisten Nord-West offen bekannt, das HJ-Lied »Ein junges Volk steht auf« vor Ort gesungen zu haben. Auch das Bundesvorstandsmitglied der NPD, Frank Schwerdt berichtet vom Absingen des Liedes auf einer

Demonstration Anfang Dezember 2007.

Daher ist das Nichteinschreiten der Berliner Polizei sowie die Einstellung des Strafverfahrens nicht nachvollziehbar. Es ist zudem wenig überzeugend, wenn der Verfassungsschutz ein Verhalten eindeutig als rechtswidrig brandmarkt, die Berliner Staatsanwaltschaft aber keine Straftat zu erkennen vermag. Solche Unklarheiten werden genüsslich von den Nazis ausgenutzt, um die Wirkungslosigkeit der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu kennzeichnen. Neben der Frage, ob die Berliner Polizei auf dem rechten Ohr taub ist, ist die Staatsanwaltschaft Berlin deshalb dringend aufgerufen, die Einstellung des Verfahrens noch einmal zu überdenken.

Dirk Behrendt
Bündnis '90/Die Grünen
im Abgeordnetenhaus

Arbeitsgruppe »Deportationen/ 11 000 Kinder« ausgezeichnet

ver.di Hamburg verleiht Herbert-Wehner-Medaille

Im Saal der Kultur-Bühne Bugenhagen in Barmbek saßen geladene Gäste aus Gewerkschaft und Politik. Und auf der Bühne nahmen Elsa Werner (Gewerkschafterin seit 1925!), Steffi Wittenberg, Helga Obens, Marut Perle und Moritz Terfloth für die Hamburger Arbeitsgruppe »Deportationen/11 000 Kinder« aus den Händen des ehemaligen Bürgermeisters Ortwin Runde die Herbert-Wehner-Medaille 2008 entgegen.

Mit diesem Preis würdigt die Gewerkschaft ver.di alle zwei Jahre »Institutionen und/oder Personen, die engagiert gegen rechtsextreme Aktivitäten, Fremdenfeindlichkeit und Gleichgültigkeit ankämpfen, durch ihr Engagement und ihren persönlichen Mut zum Vorbild werden und sich so um die Demokratie in unserem Land verdient machen«, so heißt es in den Statuten der Preisverleihung. Der mit 4000 Euro dotierte Preis ging jeweils zur Hälfte an die Arbeitsgruppe, in der neben dem Ausschwitz-Komitee, der VVN-BdA Hamburg, der Gewerkschaft ver.di Hamburg und dem DGB Hamburg noch weitere Initiativen und Organisationen mitarbeiten, und an den ehemaligen Betriebsrat Lothar Daniel, der trotz aller Repressalien auf die unmöglichen Arbeitsbedingungen der Briefzusteller innerhalb der Firmengruppe PIN AG hingewiesen und den Mindestlohn ein-



Festrednerin, Jury-Mitglieder und die Preisträger/innen.

Bild: HO

gefordert hatte.

In ihrer Laudatio machte Renate Schmidt, die ehemalige Bundesfamilienministerin, deutlich: »Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben in den letzten Jahren in Deutschland neue Dimensionen erreicht. (...) Die geschichtliche Lehre aus den Erfahrungen des Dritten Reichs, aus den Erfahrungen des Holocaust hat ein Volk offensichtlich nicht ein für alle Mal gezogen und gelernt; diese Einsicht muss immer wieder neu, Generation für Generation, vermittelt, angeeignet, gelernt werden. (...) Demokratie ist in Gefahr, wenn Integration nicht gelingt, wenn die innere Beteiligung und die Leidenschaft ihrer Teilnehmer zuneh-

mend fehlt, denn die Demokratie lebt nicht nur von der Idee allein, wenn Rechtsextremismus bis in die 'erodierenden' Mittelschichten hinein gesellschaftsfähig wird, wenn Eliten versagen.«

Wolfgang Rose, der Hamburger ver.di-Vorsitzende, stellte fest: »Die Initiative 'Deportationen/11 000 Kinder' mit ihrer Arbeit gegen das Vergessen und der unbeugsame und couragierte Kollege und Betriebsrat Daniel werden als Vorbilder für lebendige Demokratie von ver.di mit der Herbert-Wehner-Medaille ausgezeichnet und gewürdigt.« Die Arbeitsgruppe freut sich über den Preis und wird das Preisgeld für Aktionen und Dokumentationen nutzen.

Steffi Wittenberg, Helga Obens

»Tüdelband« wird Straßenschild

(Fortsetzung von Seite 14)

ger Junge. Sie kamen entweder dort oder im Ghetto von Riga um. Andere wanderten auf abenteuerlichen Wegen zuerst nach Schanghai und dann in die USA aus. Ludwig Wolf überlebte die Nazizeit in Hamburg wohl nur deshalb, weil er mit einer nichtjüdischen Frau verheiratet war.

Seit einigen Jahren wurden die Gebrüder Wolf aus der Vergessen-

heit geholt. Die Verdienste haben vor allem der Buchautor Dieter Guderian und der Filmemacher Jens Huckeriede mit seinem Film »The Return of the Tüdelband«. Hauptperson des Films ist Dan Wolf, ein Urenkel von Ludwig Wolf und Hiphop-Sänger aus San Francisco. Er begab sich in Hamburg auf Spurensuche seiner berühmten Vorfahren.

Natürlich legte er auch den plattdeutschen Rap mit dem »Tüdelband« hin, als Amerikaner gelingt ihm das – nicht so gut. Und er er-

zählte von seinem jüdischen Leben, von seiner Bar Mitzwah und freute sich, dass es in Hamburg eine Synagoge und eine jüdische Gemeinde gibt. Er meinte, es sei wichtig zu zeigen, dass es trotz der Schoah Hitler nicht gelungen sei, Deutschland »judenrein« zu machen.

Hans Joachim Meyer

Dieter Guderian: Die Hamburger Originale Tetje und Fietje. Cardamina-Verlag. Darin: Hans-Joachim Meyer: Dat Tüdelband is na de Elv trüggekamen – Plattdeutsche Besprechung des Films

75 Jahre nach Justizmord Veranstaltung zum Altonaer Blutsonntag

In gemeinsamer Trägerschaft der VVN-BdA Hamburg, des DGB, des Stadtteilarchivs Otten- sen, des Vereins »Gegen das Vergessen-Für Demokratie« fand am 1. August 2008 anlässlich des 75. Jahrestages der Ermordung von August Lütjens, Karl Wolff, Walter Möller und Bruno Tesch am 1. August 1933 eine Gedenkveranstaltung auf dem Gelände hinter dem Altonaer Amtsgericht statt.

Die vier Opfer des Prozesses um den Altonaer Blutsonntag waren genau dort als erste Opfer der NS-Justiz mit dem Handbeil ermordet worden. Vor einigen Jahren wurde an dieser Stätte, nachdem der Ort der Hinrichtung zweifelsfrei nachvollzogen werden konnte, eine Gedenkstele errichtet.

Die Veranstaltung wurde eingeleitet und moderiert von Detlef Baade, »Verein gegen das Vergessen-Für Demokratie«, er ist der Sohn des verstorbenen VVN-Landesvorsitzenden Herbert Baade. Weitere RednerInnen waren Cornelia Kerth, Landesprecherin der VVN-BdA, Erhard Pumm, Landesvorsitzender des DGB, und Karsten Albers, stellvertr. Leiter des Bezirksamtes Altona. Im Laufe der Veranstaltung trug Rolf Becke den Abschiedsbrief von Bruno Tesch an seine Mutter vor, der zum Zeitpunkt seiner Hinrichtung 20 Jahre alt war; außerdem las der Schauspieler einen Text von Bert Brecht, - auf seine eigene, unnachahmliche Art durch Anmerkungen mit Gegenwartsbezug kommentiert. Die Veranstaltung, an der über 100 Menschen aller Altersgruppen teilnahmen, wurde mit Klezmer-Musik der Gruppe Two Troubadoura beeindruckend abgerundet.

Traute Springer-Yakar

Redaktion: W. Siede
Nächster Redaktionsschluss: 7.10.
Zuschriften bitte an die
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Besuch in Sandbostel
**Aus Provisorium
wird Gedenkstätte**

Für den 5. Juli hatte die Kreisvereinigung Harburg der VVN-BdA zu einem Besuch der Gedenkstätte Sandbostel eingeladen. Bei ihrem ersten Besuch vor einigen Jahren war die ständige Ausstellung noch in engen Räumlichkeiten in Bremervörde untergebracht. Nun ist sie in einem Haus unmittelbar auf dem Lagergelände einige Kilometer südlich Sandbostels zu sehen. Aber auch dieses Haus ist ein Provisorium, endgültig wird sie in eine der restaurierten Baracken kommen.

In Sandbostel befand sich das große Kriegsgefangenenlager des Wehrkreises X, das Stammlager (Stalag) X B. Gegen Kriegsende wurden hier auch KZ-Häftlinge eingesperrt, die meisten aus den aufgelösten Außenkommandos des KZ Neuengamme. Durch die sachkundige Führung von Herrn Ehresmann erfuhren die Besucher die schlimme Geschichte des Lagers. Es hat einen langen Kampf gekostet, bis die Gedenkstätte errichtet werden konnte – gegen die Gemeinde Sandbostel und gegen einen Privatbetrieb, auf dessen Gelände die Baracken stehen. Besonders dass hier auch KZ-Häftlinge untergebracht waren, wollte die Gemeinde lange Zeit nicht wahrhaben.

Im Sandbostel selbst besuchten wir den Ehrenfriedhof. Davor steht der irreführende Wegweiser »Kriegsgräberstätte« – als wären hier »gefallene« Soldaten begraben. Hier ruhen aber ausschließlich Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge aus dem Lager. Nach 1945 stand mitten auf dem Friedhof ein großes sowjetischen Ehrenmal. In der Zeit des kalten Krieges wurde es im Auftrag der niedersächsischen Landesregierung gesprengt unter dem Vorwand, die Zahl der Toten auf dem Denkmal sei zu hoch. An die Gräber der sowjetischen Soldaten wurde russisch-orthodoxe Balkenkreuze gestellt, obwohl die meisten vermutlich Atheisten und ein Teil auch Muslime waren.

Natürlich ist es nicht einfach für eine Gemeinde, für immer mit ei-

Eintritt frei für Neonazis?

Hamburger Gericht stärkt »Wortergreifungsstrategie«

Am 21. Juli 2008 beschied das Hamburger Verwaltungsgericht die Teilnahme von Neonazis an einer Veranstaltung der DGB-Jugend anderthalb Jahre zuvor als »rechtmäßig«. Eine Entscheidung, die von falsch verstandener Toleranz gegenüber Neonazis zeugt und Konsequenzen birgt für alle, die ohne Störung durch Nazis tagen möchten.

Am 16. November 2006 veranstaltete die DGB-Jugend Hamburg einen Infoabend zum Thema »Strukturen der rechten Szene in Hamburg-Wandsbek« – wohl wissend um die so genannte »Wortergreifungsstrategie« der Neonazis, mittels derer linke Veranstaltungen vereinnahmt, gestört und gegebenenfalls auch gesprengt werden sollen. Die Veranstalter publizierten ein Ausschluss gemäß Paragraph 6 Versammlungsgesetz. In der Einladung hieß es: »Mitglieder und Anhänger rechtsextremer Parteien und Organisationen wie NPD,

DVU, REP und der 'Freien Kameradschaften' haben keinen Zutritt.«

Trotzdem kamen an dem Abend zirka 20 Neonazis unter Führung des stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Göbel und begehrten zum Teil handgreiflich Einlass. Die anwesenden Ordner verwehrten den Nazis den Zutritt – wenig später kamen sie mit der Polizei zurück. Diese verlangte die Nazis einzulassen, da die Veranstaltung öffentlich angekündigt sei. Andernfalls müsse die Veranstaltung abgebrochen werden, was schließlich auch geschah.

Der Vorgang sorgte für bundesweite Empörung. In der Hamburger Bürgerschaft gab es eine Debatte und zwei Anfragen zum Thema. Der örtliche DGB-Vorsitzende

Der Prozess

Erhard Pumm erklärte dazu: »Es darf nicht sein, dass Rechtsextreme ihre Teilnahme an politischen Veranstaltungen gegebenenfalls mithilfe der Polizei durchsetzen und sie damit de facto verhindern können.«

Mittels einer Klage wollte die DGB-Jugend im Nachhinein die Unrechtmäßigkeit des polizeilichen Handelns feststellen lassen. Sie scheiterte an der fast grenzenlosen Toleranz des Hamburger Verwaltungsgerichts. Zwar sei der Ausschluss bestimmter »Personen und Personenkreise« durch das Versammlungsgesetz gedeckt, allerdings müsse der Ausschluss »für jedermann erkennbar« sein. Göbel und seine Kameraden hätten jedoch einen Zeitungsartikel vorweisen können, in dem die besagte Veranstaltung ohne den Ausschluss-Zusatz angekündigt worden. Zwar habe der Veranstalter keinen Einfluss auf redaktionelle Kürzungen. Aber die DGB-Jugend hätte nach Ansicht des Vize-Präsidenten des Hamburger Verwaltungsgerichts, Joachim-Mathias Roggentin, die Medien dahingehend prüfen und notfalls auf dem vollständigen Abdruck des Presstextes insistieren müssen. Völlig praxisfremd, wenn man weiß, dass Veranstaltungshinweise in Zeitun-

gen üblicherweise immer sehr kurzfristig erscheinen.

Die Konsequenzen

Die Entscheidung des Hamburger Verwaltungsgericht betritt damit »absolutes Neuland« so Richter Roggentin, »dazu gibt es bisher keine Rechtsprechung«. Trotzdem wurden hier Möglichkeiten neofaschistischer Kräfte, öffentlich aufzutreten, entschieden gestärkt. Für das Gericht ist Faschismus anscheinend doch nur eine Meinung unter vielen – und kein Verbrechen.

Trotzdem sollten Antifaschisten an der bislang bewährten Praxis festhalten. Wer Veranstaltungen ohne unliebsamen Besuch machen möchte, sollte diesen auch weiterhin nach Paragraphen 6 Versammlungsgesetz ausschließen, den Zutritt entsprechend kontrollieren und sich gegebenenfalls juristischen Beistand sichern.

Was ist zu beachten?

- ▼ Werbung über eigene Mittel wie Flugblätter, Plakate oder eigene Internetwerbung sind problemlos. Wer das Geld hat, kann natürlich auch Anzeigen mit entsprechendem Zusatz in Zeitungen schalten.
- ▼ Pressemitteilungen mit Bitte um Abdruck oder Ankündigung müssen zukünftiger vorsichtiger gehandhabt werden. Sie sollten ausdrücklich den vollständigen Abdruck der Einladung einfordern, sonst lieber gänzlich auf eine Ankündigung verzichten. Ein persönlicher Kontakt zur lokalen Presse erleichtert sicherlich dieses Vorgehen. Solidarische Journalistinnen und Journalisten sollten auf die neue, problematische Rechtslage aufmerksam gemacht werden.
- ▼ Generell ist weiterhin ein offensiver Ausschluss von neofaschistischen Personen aus der Öffentlichkeit und aus öffentlichen Veranstaltungen zu fordern. Denn Faschismus ist keine Meinung – sondern ein Verbrechen.

Paragraf 6 VersG

Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen

- (1) Bestimmte Personen oder Personenkreise können in der Einladung von der Teilnahme an einer Versammlung ausgeschlossen werden.
- (2) Pressevertreter können nicht ausgeschlossen werden; sie haben sich dem Leiter der Versammlung gegenüber durch ihren Presseausweis ordnungsgemäß auszuweisen.

nem Lager in Verbindung gebracht zu werden. Das galt sicherlich auch für Dachau, Neuengamme, Ravensbrück und andere Orte. Aber inzwischen, so erfuhren wir, stellt sich Sandbostel seiner Geschichte und arbeitet auch mit der Gedenkstätte gut zusammen.

Hans-Joachim Meyer